

Volksstimme

Dienstag, 12. November 1929
11. Jahrg. Nummer 265

Neue: **„Roter Stern“**
Nur für Abonnenten

Verlag: In der...
Preis: Die...
Abonnement: ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreschner Str. 50, Tel. 590 20
Redaktion: Breslau 544, Kreschner Str. 50, Tel. 230 02
Verlag: Breslau 10, Kreschner Str. 50, Tel. 590 20

Bewaffneter Heimwehr-Aufmarsch!

Neue Machtprobe des österreichischen Faschismus

Die Heimwehren haben beschlossen, den Aufmarsch der Sozialdemokraten anlässlich des 12. Novembers (der Tag der österreichischen Revolution, der Staatsfeiertag in Österreich) mit einem bewaffneten Aufmarsch der Heimwehren zu beantworten. Besonders stark soll der Aufmarsch der Heimwehren in Steiermark erfolgen. Der „Volksstimme Zeitung“ zufolge wird zu dem Aufmarsch der Heimwehren in Steiermark geschrieben:

„Die grüne Steiermark ist das am schärfsten durchorganisierte Land, wo die Heimwehren ein wahres Heer aufzustellen vermöchten. Rund 100 000 Mann sind in dem steiermärkischen Selbstschuß-Bundesverband eingeschrieben. Davon sind 65 000 „kriegsfähig“, alle für Infanteriegewehre ausgebildet, soweit sie nicht als gewesene Soldaten des Weltkrieges schon früher militärische Schulung genossen haben. Es stehen den Heimwehren in Steiermark allerdings nur 20 000 Armeegewehre zur Verfügung, daneben besitzen sie aber nicht weit von 800 Maschinengewehre, 24 Flammenwerfer, 6 Minenwerfer, 2 1/2 Dutzend Kanonen und für den Aufklärungsdienst auch zwei Flugzeuge sowie einen großen Autopark.

Das Gros dieses so schwer ausgerüsteten „Heimwehreges“ befindet sich auf dem Lande. In Graz selbst stehen etwa 2000 Mann, davon 600 Hochschüler, und ein buntes Gemisch monarchistischer „Freiheitskämpfer“ sowie vielerlei Nationalsozialisten, auch der hitlerischen Oberbanz. Die stärksten Abteilungen stehen im Industriegebiet, voran das Gelbe Arbeiterbataillon von Donawitz, das gern mit Stahlhelmen auszurücken pflegt. Die Alpine Montangesellschaft hat im Großen die Finanzierung dieser feierlichen Wehrmacht durchgeführt, deren monatliches Budget sich auf über 20 000 Schilling beläuft, wovon 6000 monatlich von der Tiroler Landesregierung beigetragen werden.“

Der Aufmarsch der bewaffneten Heimwehren ist eine neue Machtprobe des österreichischen Faschismus, der von Woche zu Woche infolge der Kapitulation der österreichischen Sozialdemokratie immer drohender auftritt. Die österreichische Sozialdemokratie ist weit entfernt, die Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus aufzurufen, sie wird auch heute, am 12. November, kapitulieren und den Faschisten die Straße freigeben.

Ein Aufruf zum Verbot der Kommunistischen Partei

Das auf den Verbotparagrafen 48 gestützte Verbot der gesamten Parteipresse des Bezirks Waffertank ist ein Alarmzeichen für die ganze deutsche revolutionäre Arbeiterklasse. Das ist nicht bloßer Wahlerror, das ist nicht bloße Unterbindung der kommunistischen Wahlpropaganda in ganz Schleswig-Holstein, das ist noch mehr: Das ist der Aufruf zum Verbot der KPD, zur Inkraftsetzung des neuen Republikshutzgesetzes gegen die Arbeiterklasse. Noch ist das Gesetz nicht im Reichstag zur Verhandlung gestellt — und schon geht man an seine Durchführung. Die Unterbindung der kommunistischen Wahlpropaganda ist der zweite Schritt — die Unterbindung der gesamten kommunistischen Versammlungstätigkeit ist ihm bereits vorausgegangen! Und auf den ersten und zweiten Schritt wird der dritte folgen: Das Verbot der Partei, die Verdrängung der revolutionären Organisationen in die Illegalität. Der Aufruf, der sich in Hamburg entwickelt hat, der Aufruf, wo Sozialisten als „Wahrscheinlich unfriedlich“ verboten werden, ist tatsächlich schon zu einem bedeutenden Teil ein Aufruf der Arbeiterklasse.

An die gesamte Arbeiterklasse Schlesiens

An die Mitglieder der Partei, des KPD, der Arbeiterwehren, der MS, und der Roten Hilfe

Genossen, Kameraden! Nur wenige Tage trennen uns noch vom 17. November, wo die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land mit dem Stimmzettel in der Hand ihr Urteil fällen soll, über die Politik der Massenverelendung, der materiellen und politischen Korruption, wie sie von allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten in den Kommunen durchgeführt wurde. Die Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen hat ihre Ursachen in der großen Erwerbslosigkeit, in der katastrophalen Steuer-, Zoll- und Preispolitik der Regierungsklassen und in der Verschlechterung der Erwerbslosen- und Sozialversicherung.

Für alle die Verschlechterungen tragen die sozialfaschistischen Führer der SPD und ihre industriellen und großagrari-schen Auftraggeber die Verantwortung.

Ein neuer Wucher- und Ausbeutungsplan als Folge des sogenannten Young-Planes wird augenblicklich von dem gesamten reaktionären Geschlecht in der sozialdemokratischen Koalitionsregierung von Hilferding bis Eugenbergl im Reichstag ausgeheckt. Die neuen Pläne des Finanz-, Industrie- und Agrarkapitals sollen durch eine neue Gesetzgebung verwirklicht werden.

Die Industriekönige und Junker verlangen neben den 700 Millionen Mark, die durch den Young-Plan eingepart werden, noch eine Milliarde dreihundert Millionen Mark besondere Kredite und Zuwendungen. Die Besitz Steuern sollen gesenkt und zum großen Teil außer Gehung gesetzt werden. Der Ausgleich für den Abbau der Besitz Steuern und die eintausenddreihundert Millionen Mark neuer Forderungen sollen durch Erhöhung der Massen Steuern und durch Einführung neuer Steuerarten (Kopfsteuer) sichergestellt werden. Die Junker und Großbauern sollen noch ein besonderes Geschenk erhalten, durch nochmalige Erhöhung der Zölle auf sämtliche Lebensmittel.

Den Hausagrariern ist bereits eine 20-prozentige Mietenerhöhung ab 1. Januar 1930 zugesichert worden.

Alle Steuern auf Genussmittel, die der Mensch nicht unbedingt zum Leben braucht, müssen erhöht werden, sagte Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei im Reichstage.

Gemeint sind Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak usw.

Die Kommunalbürokratie der SPD und die der übrigen bürgerlichen Parteien verschauern auf der ganzen Linie alle häßlichen Werte an das Privatkapital und schaffen somit die Grundlagen zum Preiswucher bei Gas, Strom, Wasser usw. Alle Aufträge, die von den Kommunalverwaltungen in eigener Regie durchgeführt werden könnten, werden für enorme

Summen an Privatunternehmer vergeben, und von dort fließen wieder Tausende von Mark als Schmiergelder in die Taschen dieser korrupten Bürokraten.

Die praktische Durchführung dieser neuen Ausplünderungspläne werden die werktätigen Schichten erst nach der Wahl deutlich zu spüren bekommen.

Deshalb ist notwendig eine härtere Aufrüstung und Mobilisierung der Massen der Arbeiter, Kleinbauern und des gesamten werktätigen Mittelstandes auf der ganzen Linie.

Die Parteimitgliedschaft und darüber hinaus die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse haben die Aufgabe, in den nächsten Tagen und Wochen ihre Agitations- und Propagandaarbeit zu verdoppeln.

Der 17. November muß der kommunistischen Partei auf der ganzen Linie einen gewaltigen politischen Vorsprung bringen.

Die Partei braucht aber nicht nur mehr Stimmen, sondern auch aktive Kämpfer für die proletarische Sache.

Hunderte neuer Mitglieder sind bereits gewonnen, es müssen aber Tausende werden. Die Leserzahl unserer Parteipresse muß sich verdoppeln. Das ist nur zu erreichen, wenn der gesamte Apparat auf ein bestimmtes Ziel eingestellt ist.

Kein Nachlassen der Aktivität nach dem 17. November!

Der Kampf um die Forderungen der Arbeiterklasse und die Kampagne für die Verbreiterung der Kampffront aller Werktätigen geht weiter!

Am 30. November und am 1. Dezember findet der Kongreß der Gewerkschaftsopposition in Berlin

statt. Dieser Kongreß wird neue Kampfmaßnahmen beschließen, gegen den Angriff der Unternehmer und ihrer sozialdemokratischen Koalitionsregierungen auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen und gegen den ständigen Verrat der sozialfaschistischen Führerclique.

Nehmt in den Betrieben, in Gewerkschaften, Massenorganisationen und Erwerbslosenversammlungen zu diesen Fragen Stellung!

Wählt Delegierte, und sammelt die nötige Funktion zur Finanzierung! Die gesamte Parteimitgliedschaft und darüber hinaus die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse ist in Alarmzustand versetzt.

Es ist kein Zufall, daß...

Hamburg, die Stadt der Barrikaden, des... wichtiger Punkt der deutschen Bourgeoisie, es ist einer der Punkte, wo sich der arbeitermordende Sozialfaschismus am kräftesten entwickelt hat, am kräftesten entwickeln mußte, um dem revolutionären Kampfeswillen der Massen entgegenzutreten. Die Hamburger Arbeiter haben auf alle Verbote der Sozialfaschisten in jener Weise geantwortet, in der alle deutschen Klassenbewußten Arbeiter auf alle Unterdrückungsmaßnahmen des Klassenfeindes antworten werden: durch verstärkte Aktivität, durch Trotz und gerade wegen der Verbote verstärkte revolutionäre Demonstrationen. Sie werden auch auf das Verbot ihrer Presse mit einer verstärkten Aufklärungsarbeit unter den breiten Massen, mit der Schaffung einer starken illegalen Presse antworten, dessen sind wir gewiß. Und so, wie die Hamburger Arbeiter auf das Verbot ihrer Versammlungen, ihrer revolutionären Presse antworten, so wird auch die gesamte deutsche Arbeiterklasse dem drohenden Verbot der kommunistischen Partei, ihrer revolutionären Vorhut, begegnen.

Auf den Alarmruf von Hamburg müssen alle revolutionären Arbeiter Deutschlands antworten.

Es darf keinen Betrieb, es darf keine proletarische Massenorganisation geben, wo nicht zum Republikshutzgesetz, zum drohenden Verbot der kommunistischen Partei, zu den Hamburger Ereignissen Stellung genommen wird. Überall müssen die Arbeiter die Stimme ihres Proletes erheben. Bei den Wahlen am 17. November werden die deutschen Arbeiter, und besonders die Arbeiter an der Waffertank, auf den Wahlerror Schönfelders so antworten, wie sie einst auf die Verbotsmassnahmen des Sozialistengesetzes geantwortet haben: Mit einer mächtigen Demonstration für die verfolgte revolutionäre Partei. Die deutschen Arbeiter verstehen, daß man mit dem Stimmzettel die Bourgeoisie nicht an der Entfaltung des weißen Terrors hindern kann — sie verstehen aber auch, daß eine machtvolle Demonstration mit Hilfe des Stimmzettels die außerparlamentarischen Kräfte des Widerstandes gegen den Terror stärkt. Die Lübecker Wahlen haben die KPD auch gegenüber 1928 im starken Vormarsch gesehen, die SPD, die Partei des Arbeiterverrats, hat bedeutende Verluste erlitten. Aber wir müssen alle Kräfte einsetzen, um diese Verluste noch größer zu gestalten, um noch mehr Arbeiter vom Sozialfaschismus loszulösen, um zu verhindern, daß — wie es in Lübeck und in Boden auch geschah — ein Teil der vom Sozialfaschismus enttäuschten Arbeiter zum Nationalfaschismus abwandert, Arbeiter, die von den anderen bürgerlichen Parteien enttäuscht werden, der hakenkreuzerischen Demagogie zum Opfer fallen. Die zielklare und entschlossene Führung aller Kämpfe der Arbeiter, der Betriebsarbeiter wie der Gewerkschaften, ist der wirksamste Schlag gegen Sozial- und Nationalfaschismus, das sicherste Mittel zur Sammlung aller deutschen Arbeiter, um ihre revolutionäre Vorhut.

Die Welle des Protestes, die Welle des verstärkten Kampfes, die durch ganz Deutschland gehen muß, bietet die Gewähr für die unbedingte Fortführung der Arbeit der revolutionären Vorhut unter den schwierigsten Bedingungen. Wenn alle deutschen Arbeiter verstehen, daß der Schlag gegen ihre revolutionäre Vorhut ein Schlag gegen sie selbst, ein Schlag gegen ihre Kämpfe mit dem Kapital ist, dann werden sie mit aller Kraft die Partei der Revolution verteidigen. Geschützt durch die eiserne Mauer der proletarischen Solidarität wird die kommunistische Partei, legal oder illegal, ihre revolutionäre Tätigkeit fortsetzen. Den Müller und Generting wird es gelingen, daran die Bismarck, Roste und Seidl geschieden sind.

U. Schlessen der KPD.

Zur Auswanderung deutscher Kulaken aus Sibirien

Die Auswanderer Opfer der Spekulation geschäftstüchtiger Schiffahrtsgesellschaften und religiöser Propaganda — Verlogene Hebe der sibirischen SPD.-Presse

Im Laufe der letzten Wochen wurden in den verschiedenen ausländischen kapitalistischen Zeitungen, besonders in den deutschen, unglaubliche Nachrichten über die Lage der sich bei Moskau ansammelnden auswanderungslustigen deutschen Bauern verbreitet. Besonders die sibirische SPD.-Presse benutzte die Auswanderung der sibirischen Kulaken zur schamlosen Hebe gegen die Sowjetunion. Die sozialdemokratische „Diegnitzer Volkszeitung“ brachte am Sonntagabend einen Spitzenartikel mit der Schlagzeile „Drama der Wolgadeutschen — Tragödie in Rußland — Die Flucht aus dem Hungerland“, in dem die Tatsachen auf den Kopf gestellt und die Schuld für die Auswanderung der Bauernpolitik der Sowjetregierung aufgeführt werden. In niederträchtiger, verlogener Weise wird die Sowjetregierung verleumdelt. Ihr wird unterstellt, daß sie ein Blutbad plante, aber aus Angst vor der deutschen Regierung und der öffentlichen Meinung zurückschreckte. Die wirklichen Ursachen der Auswanderung werden von der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse verschwiegen. Welche Ursachen liegen der Auswanderung der deutschen mennonitischen Kulaken zugrunde?

Von kompetenter Stelle wurde dem Moskauer Korrespondenten der „Inprelcor“ folgendes hinsichtlich der Gruppe von Mennoniten, die aus der Sowjetunion auswandern wollen, erklärt:

In den letzten Jahren hat die Propaganda des Bundes der Auslandsdeutschen und der Mennonitenorganisationen in Amerika und Deutschland sich zur Aufgabe gestellt, die in der Sowjetunion lebenden Nachkommen deutscher Kolonisten, Anhänger der Mennoniten und anderer religiöser Sekten den sich in der Sowjetunion abwickelnden allgemeinen Wirtschaftsprozessen zu entfremden. Dies ist diesen Organisationen nicht gelungen, denn die enorme Mehrheit der in Sibirien, in der Ukraine, in der Krim und anderen Gebieten der Sowjetunion lebenden Kolonisten stehen auf Seiten der Sowjetmacht und unterstützen deren Maßnahmen zur Durchführung der Kollektivierung. Alsdann entfalten die genannten ausländischen Organisationen eine energische Propaganda unter den Kulakenelementen der Mennoniten und suchen sie zur Auswanderung nach Kanada zu bewegen. Andererseits haben die Versprechungen der Schiffahrtsgesellschaften, die die Mennoniten als einträgliche Fracht für sich ausnützen und ihren Transport nach Kanada auf Rechnung der Kredite der Mennonitenorganisationen organisieren wollten, den Widerstand dieser Kulakenelemente gegen den sozialistischen Aufbau in ihren Dörfern verstärkt.

Unter dem Einfluß der aus dem Auslande her genährten Propaganda reisten einige hundert Mennonitenfamilien, vorwiegend wohlhabende, aus Südsibirien, insgesamt etwa 6000 Personen, nach Moskau und wandten sich an die Sowjetmacht mit der Bitte, ihnen die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten. Die Sowjetregierung hat gemäß ihrer Praxis ihrer Bitte genüge getan und die deutsche Regierung ersucht, die Durchreise der Auswanderer durch das deutsche Gebiet zu genehmigen. Die kanadische Regierung hat jedoch bisher keine Genehmigung für die Einreise der Mennonitenfamilien erteilt, und die deutsche Regierung hat die Durchreise nicht gestattet. Somit sind diese Mennonitengruppen Opfer der konträren Agitation von Seiten ausländischer Mennoniten und anderer Organisationen geworden, die ihnen in Amerika Goldberge versprochen und sie des Wohlstandes, dessen sie sich in ihren Dörfern in Sibirien erfreuten, verlustig gemacht haben.

Die in Moskau erscheinende „Deutsche Zentral-Zeitung“ schreibt zu den Auswanderungen:

„Zu gleicher Zeit, wo die Rätemacht bestrebt ist, den Leuten, die von dem Auswandererzweck besessenen sind, die Ausreise zu erleichtern, erklärt der Vertreter der kanadischen Schiffahrtsgesellschaft, der, wie er selbst mitteilte, spezielle Kredite für die Anwerbung von Auswanderungslustigen hat, daß er die Auswanderer nicht übernehmen will. Es müsse zuerst

eine ärztliche Kommission aus Kanada ankommen, welche die Leute auswählen soll, die er dann nach Kanada bringen wird. Ist dies nicht die gemeinste Geschäftemacherei, die

von religiösen Gemeinden und kapitalistischen ausländischen Firmen auf Kosten der vom Auswandererzweck besessenen deutschen Bauern betrieben wird? Mögen die deutschen Großbauern (Kulaken) dies alles auf ihre Schultern nehmen! Sie wollen das kapitalistische System! Mögen sie die kapitalistische Herrschaft an ihrem Velde verspüren!

Dem kleinen Teil der armen und Mittelbauern, die sich unter den Auswanderungslustigen befinden, raten wir noch einmal, dieses ganze Abenteuer nicht mitzumachen, da sie doch nur als Arbeiter für die Kapitalisten in Betracht kommen; sondern es sich gut zu überlegen, daß sie für ihre Familien, für das Gland, in das sie unbedingt geraten werden, voll und ganz verantwortlich sind. Die armen und Mittelbauern, die in ihre Dörfer zurückkehren wollen, mögen sich bei den entsprechenden Sowjetbehörden melden.“

Zahlen beweisen Was kostet ein falscher Stimmzettel?

Diese Frage richtete die SPD. vor der letzten Reichstagswahl in Millionen Flugblättern an die werktätigen Massen, und rechnete aus, daß vier Jahre Bürgerblockregierung durch neue Zölle und Erhöhung der Massensteuern für eine vierköpfige Arbeiterfamilie eine Mehrbelastung von 800—1000 Mark ergeben hätten. „Rechnet ab mit dem Bürgerblock, wählt Sozialdemokraten!“ So schrien die sozialfaschistischen Demagogen.

Neun Millionen haben sich einseifen lassen!

Herr Silberding wurde Finanzminister. Hier der Erfolg:

Massensteuern	im	im	Zunahme
	Bürgerblock	Bürgerblock	
	Etat 1928	Etat 1929	in Mia. Mk.
Bohnsteuer	2900	2930	30
Umsatzsteuer	1050	1120	70
Kraftfahrzeugsteuer	160	205	45
Verkehrssteuer	50	59	9
Mennwelt- und Lotteriesteuer	80	86	6
Beförderungssteuer	340	380	40
Zölle	1200	1204	4
Zabaksteuer	780	830	50
Zuckersteuer	140	160	20
Biersteuer	370	396	26
Spiritusabgabe	270	340	70
Kleine Verbrauchsteuern	42	50	8
insgesamt 378 Mil.			

Silberding hat die Bürgerblockminister übertrumpft! Die Massensteuern sind im ersten Jahre seiner Regierungstätigkeit um 378 Millionen gestiegen und werden weiter steigen!

Arbeiterwähler! Gib den Sozialfaschisten die Quittung! Nur der revolutionäre Klassenkampf unter Führung der KPD. führt zum Ziele!

Reiß dich ein! Wähle Kommunisten!

Die großen Bauwerke des Fünfjahrplans Gewaltiges Hüttenwerk in Magnitogorsk

Das im Bau befindliche Hüttenwerk Magnitogorsk ist eines der aktuellsten Probleme im Wirtschaftsleben des Uralsgebietes. Es vereinigt die Eisenerze des Urals und die sibirische Kohle und dürfte damit zu einem Faktor der Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur dieses Teiles der Sowjetunion, sondern des ganzen Landes überhaupt werden.

Das Riesenhüttenwerk Magnitogorsk befindet sich am Südrand des Urals im Steppengebiet, etwa 655 Kilometer von Sverdlowsk entfernt. Die nächste große Kreisstadt ist Troizk. Magnitogorsk ist heute bereits durch eine Zweigbahn mit der neuen Eisenbahn Troizk—Orsk verbunden.

Anfänglich rechnete man mit einer Jahresproduktion von 650.000 Tonnen Roheisen. Die modernen Errungenschaften der ausländischen Technik und die hervorragende Eigenschaft

der Eisenerze und des Kusnezker Koks ermöglichen jedoch eine jährliche Produktion von 1,1 Millionen Tonnen.

Die Vorräte an Eisenerzen werden allein in den bereits erschlossenen Teilen mit 275 Millionen Tonnen berechnet, d. h. es ist unter Berücksichtigung des aufgestellten Produktionsprogramms eine Ausbeutungsperiode von 200 Jahren gesichert.

Das Hüttenwerk Magnitogorsk wird folgende Produktionsabteilungen umfassen: Hochofen (4), Martinöfen (5), ferner Bessemer Stahlwerk, Walzwerk und Kolere. Schließlich ist noch geplant die Errichtung einer eigenen Kraftanlage mit einer Leistung von 100.000 Kilowatt, die das Werk selbst, das Stättenwerk und das in Aussicht genommene chemische Kombinat mit Strom versorgen wird.

Mit westlichen Schmierigkeiten ist der Bau einer neuen Stadt verknüpft, die zunächst 30.000 und später 60.000 Einwohner haben soll. Schon im Grundriß sind die neuen sozialen Lebensformen berücksichtigt. Vorgelesen ist u. a. der Bau von modernen Schulen, einer fabrikmäßig eingerichteten Speiseküche, von Badeanstalten und Wäschereien. Der Plan der neuen Stadt Magnitogorsk wird der Regierung am 15. Dezember zur endgültigen Bestätigung vorliegen.

Die Bauten haben im Juli dieses Jahres begonnen. Der Arbeitsplan für das laufende Jahr ist im wesentlichen erfüllt. In dreifähriger Frist, also zum 1. Oktober 1932, soll das Hüttenwerk Magnitogorsk soweit fertiggestellt sein, daß es in Betrieb genommen werden kann. Gegenwärtig werden die Planierungsarbeiten in beschleunigtem Tempo durchgeführt. Es ist eine Verbindung von den Bauten zur Eisenbahn geschaffen, und es sind drei provisorische Barackenstände errichtet worden. Die Versorgung der Arbeiter geschieht durch eine eigene Brotfabrik und Speiseküche, die täglich 2600 Portionen ausgibt. Auch eine provisorische Wasserleitung ist gelegt. Ferner arbeitet eine ebenfalls provisorische elektrische Station, und schließlich gehen die Arbeiten an den Ziegeleien, die im nächsten Jahr schon zehn Millionen Ziegel liefern sollen, ihrem Ende entgegen.

Bemerkenswert ist, daß schon jetzt, d. h. im Anfangsstadium des Baues, unter den primitivsten Bedingungen eine Jahresproduktion von 8000 Tonnen Erz gesichert ist. Der Verlauf der Arbeiten eröffnet die günstigsten Aussichten für eine rasche Vollendung des Hüttenwerkes Magnitogorsk.

Mit dem Behördenapparat gegen die Opposition

Die Reformisten im Arbeiterport benutzen überall den Apparat des kapitalistischen Staates, um den Kampf gegen die revolutionäre Opposition im Arbeiterport zu führen. Dabei wenden sie diese Methoden nicht nur gegen ausgeschlossene Vereine an, sondern auch gegen solche, die Mitglied der Verbände sind, die es aber ablehnen, den reformistischen Kurs mitzumachen.

Den Ereignissen im Rheinland, wo man gegen Bundesvereine den Staatsapparat einsetzte, reiht sich würdig die Maßnahme der SPD. gegen die Abteilung Altkobd des Vereins Fichte-Magdeburg an. Diese Abteilung bekundete ihre praktische Sympathie mit den Ausgeschlossenen, und als die Abteilung trotz der Forderung des reformistischen Vereinsvorstandes sich nicht revidierte, wurde der Abteilung die Turnhalle gesperrt.



SO SIEHT JETZT DIE NEUE

RARITÄT AUS

Sie war gut —

Jetzt ist sie noch besser

Die neue Packung ist hübsch — wie vorzüglich erst der Inhalt!!! Unser neues Warenzeichen „DIE DOPPELEULE“ auf Packung und Cigarette gibt Ihnen die Sicherheit, daß Sie es mit der

echten Halpaus

RARITÄT

zu tun haben.

Die Gleiwitzer Zimmerer antworten den Spalthern

Volle Solidarität mit den ausgeschlossenen Berliner Kameraden

In Gleiwitz fand eine Mitglieder-versammlung des Bezirks-Nachrichtendienstes der Zimmerer statt. Der Sekretär W. L. H. erklärte das Baugeschäft in Preußen, dem fünf Kameraden zum Opfer gefallen sind. Dabei stellte er mit seinem Wort die Nationalisierung und die verstärkten Antirepressivmaßnahmen. Er zeigte auch nicht den Weg, wie solche Ungläucke verhindert werden können. Dieser Weg kann nur in einem scharfen Kampf gegen die Nationalisierung und das gesamte kapitalistische Profitssystem liegen.

Der Kamerad W. L. H. ging in seinen Ausführungen auf das Vorgehen des Zentralverbandes gegen die Berliner Arbeiter ein. An Hand von Tatsachen wies er nach, daß es bis jetzt mit Recht immer so gewesen sei, daß eine Organisation eine im Kampf lebende Gewerkschaft oder Berufsgruppe finanziell unterstützt hat. Dieser Akt der nationalen und internationalen Solidarität kam auch schon wichtige Male den Mauren zugute. Beim Streik der Chemiker Zimmerer war es die Internationale Arbeiterhilfe, gewesen, die 40 000 Mark an die Streikenden auszahlte. Wenn heute der Hauptverband sich dagegen wehrt, daß die Berliner Kameraden aus der Solokasse, über die sie selbst verfügen können, den Streikgehilfen unterstützen, so zeigt das davon, daß der Zentralverband auch keinesfalls daran denkt, die Zimmerer zum Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu führen. Das Vorgehen des Zentralverbandes in Berlin liegt in der allgemeinen Linie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie. Es zeigt, daß der Zentralverband der Zimmerer ebenfalls ein Bündnis mit dem Unternehmertum und dem kapitalistischen Staatsapparat einget. Die Unternehmer über einen Druck auf die Lebensinteressen der Arbeiter aus. Die Gewerkschaftsbürokratie organisiert den Streikbruch. Die Polizei, die unter der Führung von Sozialdemokraten steht, verhaftet die Streikleitung. Als dieser in diesem Streik kommt dann der Zentralverband und schlägt die Organisation, die den Streik der Holzleger unterstützte.

Es ist selbstverständlich, daß der Ausschluß der 18 Kameraden sowie die Beschuldigung des Verborgens der Berliner Zählstelle zur Auflösung der Ortsgruppe Berlin führen wird. Es kommt dem Hauptverband ja darauf an, den Verband zu schwächen, damit er bei den im nächsten Jahr zu erwartenden Wirtschaftskämpfen sagen kann:

Mit dieser gespaltenen und geschwächten Organisation ist es nicht möglich, Kämpfe zu führen. Es muß Aufgabe aller Zimmerer sein, dem Zentralverband sein lauberes Dandwerk zu legen. Aus allen Ecken und Winkeln Deutschlands, auch aus Oberschlesien, muß eine Protestbewegung gegen den Hauptverband einziehen. Die Kameraden von Gleiwitz müssen hier führend vorangehen. Die Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen des Kameraden Walter solidarisch. Eine Entschliessung wurde mit Verankerung Mehrheit angenommen. Darin heißt es u. a.:

„Die in Gleiwitz versammelten Zimmerer nehmen Kenntnis von der Funktionserhebung der Berliner Zählstellenleitung des ZGBZ, sowie vom Ausschluß der Kameraden Mey, Schläger, Schill und der übrigen Mitglieder der Zählstellenleitung. Die Mitglieder des Bezirks Gleiwitz betrachten das Vorgehen des Zentralverbandes in Berlin als ein Verbrechen an den Zimmerern und der gesamten Arbeiterklasse. Die Maßnahmen des Zentralverbandes liegen in der Linie der arbeitgeberfeindlichen Verhaltens der Gewerkschaftsbürokratie. Der Zentralverband bewies durch diese Tatfrage ganz deutlich, daß es ihm nicht darauf ankommt, für die Erhöhung der Löhne der Zimmerer ernsthaft einzutreten, sondern daß es ihm darauf ankommt, die Schlagkraft der Zimmerer zu brechen. Die Zimmerer des Bezirks Gleiwitz sind sich dessen bewußt, daß die Tätigkeit des Zentralverbandes zum Zerbrechen der Zählstelle Berlin führt. Sie erklären, daß sie nicht willenlos zusehen werden, wie der Zentralverband unseren Zentralverband zerschlägt. Sie billigen voll und ganz die Maßnahmen der Berliner Zählstelle. Sie werden gemeinsam mit den Berliner Kameraden den Kampf gegen die reformistischen Spalter führen, und rufen den übrigen Kameraden zu das gleiche zu tun.“

Die Annahme dieser Entschliessung bewies, daß die Kameraden des Zimmererverbandes nicht mit sich Schindluder treiben lassen. Die Zimmerer und übrigen Bauarbeiter müssen eisen geschlossenem Kampf gegen die reformistischen Spalter führen und sich nicht dem je um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition scheren. Wählt Delegierte zum Reichstagskongress der Opposition! Sammelt Geld zur Finanzierung der Delegation!

Vom Kampfplatz der tschechischen Bergarbeiter

Die Reformisten als Organisatoren des Streikbruchs

Von Gustav Sobotta, Berlin

Am 10. Oktober hat in dem westböhmischen Kohlenrevier von Brd. Komolau ein Bergarbeiterstreik begonnen, der es verdient, in allen Ländern und Bergbaukreisen besonders gründlich zu werden. Einmal deshalb, weil er beweist, daß in der Arbeiterklasse eine Radikalisierung vor sich geht und damit auch die Welle der Streikläufe zu nehmen muß, ein andermal aber auch, daß die Behauptung der Kommunisten und oppositionellen Gewerkschaftler, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie wolle die Arbeiterführung fesseln, Gewerkschaftsorganisationen zu verkommenen Stützorganisationsorganisationen machen, keine zurecht die Sache nicht, sondern durch die Tatsache auch hier wieder bewiesen werden kann.

Worum ging es bei dem tschechischen Bergarbeiterstreik? Für das westböhmische Bergbaurevier ist durch einen tariflichen Lohnvertrag ein Durchschnittslohn von 42 Kronen pro Schicht für die 12 Mann arbeitenden Bergarbeiter festgelegt. Dieser Durchschnittslohn wird fast auf keiner Grube eingehalten. Mit 25 oder 30 Kronen pro Schicht werden große Teile der Bergarbeiter nach Hause geschickt. Dies geschieht, obwohl die Nationalisierung immer mehr voranschreitet und die Leistung der ganzen Grube sowie des einzelnen Bergarbeiters stark gesteigert wurde. Alle Versuche der Bergarbeiter, eine Kündigung des Lohnvertrages, der von den reformistischen Verbänden abgeschlossen war, zu erreichen und damit einen Lohnkampf um bessere Tariflöhne zu ermöglichen, scheiterten an der Passivität der reformistischen Bürokratie.

Durch diese Umstände gezwungen, nahm am 9. Oktober die Belegschaft der Gruben „Anna“ und „Andreas“ zur Lohnfrage Stellung. In einer Belegschaftsversammlung wurde an die Betriebsleitung die Forderung gestellt auf Zahlung eines Minimallohnes von 44 Kronen pro Schicht für die in Akkord arbeitenden Bergarbeiter und eine halbtägige Ruhepause. Die Betriebsleitung der betreffenden Gruben antwortete auf diese Belegschaftsversammlung mit der sofortigen Entlassung des Kameraden Havel, der in der Belegschaftsversammlung die Forderungen der Bergarbeiter vertreten hat und von ihr auch beauftragt wurde, die Forderungen der Belegschaft zu unterstützen. Diese Prozedur hatte zur Folge, daß die Belegschaft

stoppt die Arbeit niederlegte

und erklärte, nicht eher anzufahren, bis der Kamerad Havel wieder eingestellt ist. Die Arbeitsniederlegung auf der Grube „Anna“ und „Andreas“ war das Signal zum Durchbruch der schon lange schummernden Unzufriedenheit bei den Bergarbeitern. Unter der Führung des Industrieverbandes der Bergarbeiter, der roten Gewerkschaft, beschloß eine Revierkonferenz am Sonntag, dem 13. Oktober, in Borsdorf, an der alle Schächte des Komolauer Reviers teilgenommen haben, den Streik für folgende Forderungen:

1. Für die im Akkord, Streckenbotrie, Teufen und Grubenhaltung sowie Ausbauen beschäftigten Hauer beträgt der Minimallohn für jede vierstündige Schicht 44 Kronen.
2. Die Schicht soll darauf zu bestehen, daß jeder in Akkord Beschäftigte für jede vierstündige Schicht mindestens um 20 Prozent mehr, als der im Akkord 1 angeführte Minimallohn beträgt, verdient.
3. Hauer, die vorübergehend zu Regiarbeiten verwendet werden, erhalten für jede vierstündige Schicht den Minimallohn von 44 Kronen.
- Für die nicht unter die Hauerkategorie fallenden Bergarbeiter werden Löhne zwischen 38 und 42 Kronen gefordert. Des weiteren eine Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Bezahlung der Sonntagsarbeiten, sowie bessere Bekleidung mit Deputatlohn. Diese Forderungen sind eigentlich nur das mindeste, was die Bergarbeiter angeht, der erhabenen Löhne, die in diesem Revier gezahlt werden, forderten. Es fanden darum auch die zahllose Zustimmung aller Belegschaften.

Die Streikparole der Borsdorfer Konferenz ging wie ein Lauffeuer durchs Revier.

Schon am Montag, dem 14. Oktober, trat eine ganze Anzahl von Schächten, darunter „Cly“, „Tieshan“ und „Guido“ in den Streik. Am Freitag folgten „Humboldt“, „Kolombus“, „Cly“ 4, „Fornica“ und viele andere mit den größten Belegschaften. Am Freitag

der Woche standen über 5000 Bergarbeiter, also fast das ganze enger Komolauer Revier, im Kampfe um ihre Forderungen. Der Kampf wurde von allen Bergarbeitern ohne Unterschied der politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit aufgenommen. Sozialdemokratische Arbeiter sowie die Kommunisten standen bis zu diesem Augenblick Seite an Seite mit dem festen Willen, den Kampf zu einem vollen Erfolge zu führen.

Die reformistisch-faschistische Bürokratie der „Union der Bergarbeiter“ (die deutsche reformistische Bergarbeiterorganisation) und die des „Svaz horniku“ (die tschechische reformistische Bergarbeiterorganisation) hatten bis zu diesem Zeitpunkt zu dem Streik keine offene Stellung genommen. Wohl haben sich einzelne Sekretäre dieser Organisationen auf einzelnen Gruben bemüht, den Streikbruch zu organisieren. Dies gelang ihnen aber nur mit

Hilfe der Polizei

auf der Grube „Anna“. Auf allen anderen Gruben wurden sie von den Bergarbeitern vertrieben. Erst am Freitag, dem 18. Oktober, veröffentlichte die Bürokratie der beiden reformistischen Verbände einen Aufruf, in dem sie ihre Mitglieder zum Streikbruch auffordert. Der Streik wurde, wie es bei den Reformisten immer üblich, als eine kommunikativer Wahlmacht bezeichnet. Für Sonntag, den 20. Oktober, berief dieselbe Bürokratie eine Konferenz der beiden Verbände „Union der Bergarbeiter“ und der „Svaz horniku“ nach Brüx ein. Zu dieser Konferenz wurde auch der nationalfaschistische Bergarbeiterverband „Jednota“ zugezogen. Auf dieser Konferenz wurde unter einer mächtigen Hetze gegen die Kommunisten der Streikbruch offiziell beschlossen und die Funktionäre und Mitglieder dieser Organisationen verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am die Mitglieder zum Streikbruch gefügiger zu machen, wurde gleichzeitig beschlossen, eigene Lohnforderungen zu stellen und wenn diese nicht bewilligt werden, zum 10. November den Lohnverträge zu kündigen. Die Streikbruchbeschlüsse wurden in einem Aufruf an alle Bergarbeiter verbreitet.

Am gleichen Sonntag fand in Brüx unter Führung des roten Industrieverbandes der Bergarbeiter eine Konferenz der Streikleitungen und Stützdelegierten für das ganze Brd. Komolauer Revier statt. Über 60 Delegierte nahmen erneut Stellung zur Kampfsituation und beschloßen die Weiterführung und Ausdehnung des Kampfes auf das ganze Revier. Durch die aktive Streikführerrolle der Reformisten war jetzt die Situation eine andere geworden als in der ersten Streikwoche. Ein Teil der Bergarbeiter folgte, wenn auch widerwillig, der Streikführerparole. Das berufsmäßige Streikbrechertum war auch offiziell durch die Organisationen anerkannt, die Polizei und Gendarmerie setzte, auch gestützt und ermuntert durch den sozialfaschistischen Streikbruch, mit der sofortigen Verhaftung der Streikenden ein. Die Streikposten wurden verhaftet, verprügelt, die Streikversammlungen auseinandergejagt. Die revolutionären Bergarbeiter unter Führung des Industrieverbandes und seiner Funktionäre setzten ihre ganze Kraft für die Durchführung des Kampfes ein. So selbst gegen die schwerbewaffnete Gendarmerie wurde der Kampf geführt und alles unternommen, um die faschistischen Streikbrecherbanden von den Gruben fernzuhalten. Bei dem Kampfe gegen die Gendarmerie spielte die reformistische Bürokratie die Rolle des Demagoganten. Auf ihr Verlangen und Scheiß wurden Tugenden von revolutionären Arbeitern eingefleischt.

Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen den Bergarbeitern es nicht wesentlich mehr gelang, den Kampf zu erweitern. Wohl gelang es, neue Schächte in den Kampf zu führen, aber es gelang auch der vereinten Staatsmacht und der reformistischen Bürokratie, andere Schächte wieder zum Abbruch zu zwingen.

Die tschechischen Bergarbeiter werden aus diesem Kampfe die Lehre ziehen, daß als Kampforganisation nur der rote Industrieverband der Bergarbeiter in Frage kommt. Und daß auch Kämpfe nur unter seiner Führung und unter selbstgewählten Kampfleitungen nicht mit, sondern gegen die Reformisten möglich sind. Die Fiktion, die in diesen Kreisen der tschechischen Bergarbeiter noch vorhanden war, auch den unter Führung der Reformisten stehen-

den Verbänden, die „Union der Bergarbeiter“ und der „Svaz horniku“ würden im entscheidenden Moment an der Seite der Bergarbeiter stehen, ist durch die Tatsache restlos beseitigt. Für die Bergarbeiter der anderen Länder ist aber bei dem tschechischen Bergarbeiterkampf von den Reformisten erneut der Beweis geliefert, daß sie nicht nur auf Lohnkämpfe verzichten und nicht nur den Streikbruch propagieren, sondern den Streikbruch auch im entscheidenden Moment organisieren und mit Hilfe der Staatsmacht durchzuführen.

Bundesvereine gegen Reichsbannerpartei

Die Reformisten versuchten nach dem Ausschluß der oppositionellen Arbeiterportier im Bezirk Halle ihre Reihen durch die Reichsbannerpartei aufzufüllen. Diese Methode sieht selbst bei den „Bundestreuern“ Vereinen auf Widerstand. So hat der Arbeiterportierverein Halle mit 100 gegen 7 Stimmen sich gegen die Aufnahme der Reichsbannerpartei ausgesprochen und den reformistischen Schieber der schwarzrotgoldenen Politik, Festertling, aus dem Verein ausgeschlossen. Das Halleische SPD-Blatt nimmt diese Tatsache zum Anlaß, eine wolle Hetze gegen die Reichsbannerpartei zu verbreiten. Es fordert den Bundesvorstand auf, Maßnahmen gegen den „Bundestreuern“ Verein zu treffen. An dem Willen der Mitglieder werden alle Angriffe der Reformisten scheitern.

Wir brauchen Munition

Genossen eure Arbeitskollegen, euer Kaufmann müssen auf der Sammeliste zum Wahlkampfonds stehen.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 11. Nov. bis 18. Nov. 1929
Dienstags, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 6
Der Magistrate Oberst
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 6
Die Hochzeit des Figaro
Donnerstag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 6
Neu einstudiert
Der Rosenkavalier
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 6
Der Freischütz
Sonabend, 19.30 Uhr
Garmen
Sonntag, 15 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Die Gauberslüde
Sonntag, 20 Uhr
Machmitt Hobling

Schauspielhaus

Operettenbühne
Halle, 36 305
täglich 8 Uhr
D. Sensationell!
Marietta
Große Operette
in 4 Akten von
Sascha Guitry
Musik von
Oscar Straus
mit
Margit Suchy
und
Eduard
Lichtensteln
Mittw., nachm. 4 Uhr
Sonnd., nachm. 8 Uhr
**Rotkäppchen
und der Wolf**
Vorverkauf von 10-2
Uhr und ab 6 Uhr
abends an der
Theaterkasse
von 6-8 bei Barsack

Warnung an Geschäftswelt!

Seit einiger Zeit treibt ein Betrüger in Breslau sein Unwesen, welcher vorgibt, berechtigt zu sein, Inserate f. den Führer d. „Arbeiter-Illustriert-Zeitung“ zu werben und sich auch darauf Anzahlungen geben läßt. Wie wir erfahren haben, nennt er sich Szubinski. Dieser Mann ist nach unseren eingeholten Informationen nicht berechtigt, Aufträge oder Zahlungen für den Führer der „Arbeiter-Illustr.-Zeitung“, entgegenzunehmen.
Schles. Verlagsgesellschaft
Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Sie verdienen

10 Mark
mit Schnürsenkel

Nur persönl. kommen

Reste

in Serge, Kiltel, Leinwand, Reiseunterlagen, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros

Barth, Lippert

Breslau

Geierstr. 16

Hilke: Dagehr 17

Weißberggasse 43

Deutscher Bauergewerksbund

Baugewerkschaft Waldenburg

Mittwoch, den 13. November

abends 6.30 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der „Stadtbrauerei“, Waldenburg

Untl. Bekanntmachung

von Seitendorf

In meiner Bekanntmachung über die Auflösung von Wahlvorschlägen vom 6. November 1929, muß es bei Wahlvorschlag 8 als Kennwort nicht „Zentrums-partei“ sondern „Wahlvorschlag Nr. 16 Kennwort: Reichol. Arbeitergemeinschaft“ heißen, was berichtigend hiermit bekannt gemacht wird.

Seitendorf, den 11. November 1929

Der Vorsitzende des Wahlausschusses

Hartig

Universal erkrankt... Tederal erkrankt...

Quabis-Brot

macht Wangen rot

Universal erkrankt... Tederal erkrankt...

Wierzehn Listen der Volksbetrüger

Blut und Leiden in Breslaus Straßen

Das sind — nach den Worten unseres Oberbürgermeisters Dr. Wagner — die Aussichten für den Winter! Verelendung der Werktätigen durch Abbau der Löhne sowie Unterstützungen, durch Erhöhung von Gas, Wasser- und Strompreisen, Steigerung von Mieten, unerhörte Lebensmittelvermehrung durch Zollwucher, das sind die Ergebnisse bürgerlich-sozialdemokratischer Koalitionspolitik!

Werktätige von Breslau, holt euch Aufklärung! Kommt zahlreich in die öffentliche Wahl-Versammlung

Freitag 20 Uhr im Saale des „Schloßwerder“
Landtagsabgeordneter Genosse Ernst Wollweber spricht.

Unzurechnungsfähige Kindesmörderin

Das Verfahren gegen die Frau Emma Verleth, die am 23. Juni in ihrer Wohnung Pöpelstraße 20 ihre fünf und drei Jahre alten Töchter mit Gas vergiftete und einen Selbstmordversuch unternommen hatte, ist eingestellt worden, da nach dem Sachverständigen Gutachten keine Zurechnungsfähigkeit zur Zeit der Tat bestanden hat.

Wieder ein Selbstmordversuch aus Not. Gestern, gegen 17,45 Uhr, verlor sich die Hausgehilfin F. R. das Leben zu nehmen, indem sie an der Hindenburgstraße verfuhrte in die Ober- zur Springart. Sie konnte jedoch daran gehindert werden. Der Grund zur Tat ist im Urteile und in der Obduktion zu suchen.

Straßenunfall. Infolge Zusammenstoßes eines Chauffeurs kam es gestern, gegen 15,15 Uhr, auf der Oberstraße Ecke Malergasse zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Personenautos. Hierbei erlitten die Insassen des einen Autos Verletzungen.

Im Monat Oktober ist die Feuerwehr 61mal ausgerufen, und zwar zu 2 Großfeuern, 3 Mittelfeuern, 13 Kleinfedern, 1 Scharsteinsbrand, 1 Explosions-, 3 Landfeuern, 11 mal zu blindem Alarm, 4 mal zu freiwilligem Alarm, zu 3 Wasserfällen und 13 arbeitslosen Dienstleistungen. Die Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 168 mal, zur Krankenbeförderung 892 mal, nach außerhalb 8 mal ausgerufen. In diesen 896 Fällen sind zusammen 6651 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallsachen sind 244 mal in Anspruch genommen worden.

Zur Wahl am kommenden Sonntag. Gegenwärtig ist an den öffentlichen Anschlagstellen eine Bekanntmachung des Magistrats angeheftet, die eine Abgrenzung der Wahlmündungsbezirke und die Lage der Wahlmündungsräume sowie Angaben über Ort und Zeit der Wahlhandlung zum Inhalt hat. Ferner enthält die Bekanntmachung Vorschriften über die Benutzung des Stimmzettels und die Ausstellung von Wahlzetteln für solche Personen, die aus irgendeinem Grunde ihr Wahlrecht am Wahltage in Breslau nicht ausüben können. Die Wahlzettel, sowohl zur Provinziallandtagswahl, wie zur Stadtverordnetenversammlung, werden beim städtischen Wahl- und Meldeamt, Am Rathaus 28, ausgestellt. Zur Vermeldung von Betrugsvorfällen können sie auch schriftlich unter Angabe der hiesigen Wohnung des Wahlberechtigten beim städtischen Wahl- und Meldeamt beantragt werden.

Fälle von 20-Mark-Scheine. Seit dem 1. November sind hier Fälschungen von 20-Mark-Scheinen (Reichsbanknoten) in Zahlung gegeben worden. Es handelt sich um zwei verschiedene Fälschungsarten, die beide infolge ihrer schlechten Ausführung bei einiger Aufmerksamkeit leicht als Fälschungen zu erkennen sind. Vergleicht man die Fälschungen mit einer echten Note, so erkennt man die falschen Noten an der unregelmäßigen des Druckes, insbesondere des Frauenkopfes, bei beiden Fälschungen erscheint das Gesicht auffällig hart und alt. Die Reichsbank hat eine Belohnung bis zu 3000 Mark für diejenigen Personen ausgesetzt, die zur Ermittlung und Festnahme eines wissenschaftlichen Verbreiters oder Herstellers der falschen Noten beitragen.

Freie Lichtfreunde. Heute Abend ist der Vortrag von Genossen Lohmeyer in der Gewerkschule, Gartenstraße. — Sonnabend in der Margaretenstraße, Taubentierstraße, Gymnasialstrasse. Vor allen Dingen bitten wir, die Frauen zu erscheinen.

Das Urteil im Breuer-Prozess

Zwölf Jahre Zuchthaus

Im Breuer-Prozess wurde gestern Montag nachmittag das Urteil gefällt: Breuer wurde wegen schweren Raubes unter Mitwirkung von Helfern zu zwölf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust sowie Sicherung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die mit angeklagte Frau Pierdel erhielt wegen Begünstigung neun Monate

Gegen 90 Betrugsfälle zweier städtischer Beamter

Der Fall Hansler-Neumann — Ueber 7000 Mark unterschlagen

Vor einiger Zeit erregten die Verhaftungen des Wohlfahrtsdirektors Hansler und des Abteilungsleiters Neumann von der Kreisstelle III großes Aufsehen. Bis jetzt sind nach dem Stande der Untersuchung 88 Betrugsfälle bekannt geworden und es ist mit dem Fortgang der Untersuchung mit einer erheblichen Zunahme derselben bestimmt zu rechnen. In welchem Umfange der beschuldigte Wohlfahrtsdirektor an den Betrugsereignissen beteiligt ist, wird von dem Ausgang der Untersuchung abhängen. Zeitlich jedenfalls schon jetzt, daß dieser wie der beschuldigte Neumann durch gewissenlose Manipulationen die Stadt Breslau um über 7000 Mark geschädigt haben und daß zum größten Teil die Armen der Armen, also die Unterhaltungsantragsteller, die Betrogenen sind. Mit welchem Raffinement ihre Methode ausgedacht war, erklärt folgendes Tatsachen. Neumann, als eine der maßgebendsten Personen bei der Kreisstelle III, versah

Nur noch fünf Tage trennen uns von den Kommunalwahlen. Die Arbeiterklasse macht, gestützt auf die reichlich vorhandenen Geldmittel der Kapitalisten, alle Anstrengungen, um die Wahlberechtigten mit ihren Beschwerden zu benehden. 14 Listen dieser Arbeiterklasse sind aufgestellt. Sie marschieren getrennt, um nach der Wahl vereint gegen das Proletariat zu schlagen und im Interesse der Bourgeoisie all die Schandmaßnahmen, den Abbau der sozialen Ausgaben, die Erhöhung von Gas, Wasser- und Elektrizitätspreisen, Erhöhung der Grundbesitzsteuer und damit Erhöhung der Mieten durchzuführen. Heute wollen wir einen Teil dieser Volksbetrüger und Arbeiterkinder unter die Lupe nehmen. Den anderen Teil, an der Spitze die Sozialfaschisten, werden wir morgen behandeln.

Beginnen wir heute mit der Deutschnationalen Volkspartei, die, wie sie seit 1928 in der Unruhezeit im Stadtparlament ist, wieder einmal „Opposition“ mimt. Ihre Parole heißt (sparen) Natürlicherweise die Kapitalisten der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, die sich im Reichstag für Sozialwucher bewachten an die Industrie und für Einführung eingeführt, nicht sparen an den Gehältern des Oberbürgermeisters, der bescheidenen Stadträte, der höheren Beamten. Die Partei des schwarzroten Korruptionisten Piese und des Oberförstlers Hank (Ehrenmänner, welche die Stadt Breslau um viele tausend Mark begaunerten) will sparen an den Massen der Arbeiterklassen, der Wohlfahrtsempfänger, der Kriegsgeschädigten. Zum Programm dieser Sparapfel gehört die Erhaltung und der Ausbau der Standeschulen der Bourgeoisie, die finanzielle Unterstützung aller nationalen Sportverbände, die Befestigung der Zwangsarbeit und die Erhöhung der Mieten. Singt doch fast in jeder Stadtvollversammlung der deutschnationalen Stadtvorordnete Dr. Bukalowski (der seine jüdische Abstammung trotz Laufe nicht verbergen kann) das Lob von der Not des armen Hausbesitzes. Die deutschnationalen Stadtverordnetenfraktionen hat aber noch mehr solcher feiner Nummern. Das ist der Rechtsanwalt Dr. Friedlach, der mit Offiziersgehältern für die Geldabnahme eintritt, da ist der einseitige oder fröhliche Direktor Wilhelm Ehm, der sich besonders gern als Freund der Straßenbahner aufstellt. Er ist der Darr der Deutschnationalen. Ein Wolf im Schafspelz. Kein denkender Arbeiter, vor allen Dingen auch kein Gemeinbewerber, wird diesen Nationalisten auf den Leim gehen.

Die Zentrumspartei, die jetzt im Reichstag drauf und dran ist, die Reichspolitik des unehelichen Kindes in der Gefährdung zu erhalten, die jede Gleichheit der Erbschaftssteuer belämpft, zeigt im Stadtparlament sowohl ihr kapitalistisches als auch ihr kulturreaktionäres Gesicht. Sie kämpft für die Belange der Großkapitalisten, für die Interessen der Boden- und Bauwucherer, für Pfaffenkirchen, für Religionsunterricht und für „Parität“, die sich bezahlt macht. Der Unberühmten Professor Dr. Seppelt ist der Vertrauensmann des Verfassungsrechts. Ein schauer Jesuit mit honigsüßer Stimme. Spazig ist es, wenn dieser schwarze Jesuit mit den Kollegen von der schwarzroten Fakultät häuslichen Streit hat. Beim Kontratsantrag der „linken“ SPD. fragte z. B. der Jesuit Seppelt seine Koalitionsgenossen, warum sie denn den Umweg über die Stadtverordnetenversammlung wählten und sich nicht direkt

Bersammlungen der Kommunistischen Partei

Morgen, Mittwoch, um 20 Uhr, im „Jägerhof“, Gräbchner Straße 112, öffentliche Wahlversammlung der KPD. Thema: „Warum wählt jeder Werktätige die KPD.“ Referent: Genosse Kellerman-Berlin. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende, er-scheint zahlreich!

Morgen, Mittwoch, um 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung der KPD. in Oswitz, Lokal „Paradies“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, 19,30 Uhr, kombinierte Funktionärstzung von Partei, Arbeiterwehr, Jugend, Note Hise und Moler Frauen- und Mädchenbund des Stadtteils West im „Anglerhelm“, Leuthenstraße. — Donnerstag, um 19,30 Uhr, im „Alte-Auschant“, Lange Gasse 62, allgemeine Mitgliederversammlung der genannten Organisationen.

Gefängnis; wegen einer Bewährungsfrist sollen noch Erlundigungen eingezogen werden. Der Staatsanwalt hatte gegen Breuer fünfzehn Jahre Zuchthaus und gegen Frau Pierdel ein Jahr Gefängnis beantragt.

Beträge erhalten haben sollte, in Wirklichkeit aber nur den geringsten Anteil erhielt. Ferner hat Neumann die genehmigten ein-maligen Unterstüttungsbeträge entweder ganz für sich behalten oder unter einem Vorwand den Antragstellern nur zu einem Teile aus-geliefert. Der Rest hat er für seinen persönlichen Gebrauch verwendet. Die Höhe der Gemeinheit leistete sich Neumann dadurch, daß er an weiblichen Antragstellern vor der Gewährung einer Unter-stüttung repräsentative Vergewaltigungen, ausübte, indem sie ihm zu Willen sein mußten und er erst dann ihnen großzügig die verlangte Unterstüttung aus-zahlte oder anbot. Dieses Treiben wurde nur durch einen Zufall unterbrochen. Jahrelang konnte Neumann un-ehindert betrügen und vergewaltigen, denn es sind Fälle bekannt, die bereits seit 1927, also unmittelbar nach seinem Eintritt in die Stadtverwaltung, vorgekommen sind. Es ist ein Skandal, daß es so lange möglich war, eine besondere Frage wäre angeht die des erheblichen Beweismaterials und des Beweises der Beschuldigten der Straf von O. u. P. e. f. e. h. l. e. n., da nach Lage der Sache begründete Verdunkte in der Gefahr vorliegt. Würde es ein Prolet, so erregte er sich schon längst

an ihre Mitbürgerinnen wenden. Doch im allgemeinen sind sie so einsig, die Schwarzen und die schwarzroten Arbeiterbetrüger. Die schlauen sich gegenseitig freie Pfänder und Stadtschlüssel mit hohem Aufgebot zu.

Die „Deutsche-Partei“ ist im Stadtparlament durch einige Anhangskrauter, durch den Kaufmann Hans Pappe und den Kapler Schöberl vertreten. Eugen Hessepaß weiß sein Stadtvor-ordnenmandat sehr gut mit seinem Baugeschäft zu verbinden. Er hat gute Beziehungen, der Herr Stadtmeyer, Arbeiter, welche diese Partei, für deren Vertreter Politik und Geschäft ein und derselbe Mensch ist, wählen, sind sehr für die Einbaumstraße.

Die „Deutsches-Partei“ für Volkrecht und völ-lische Freiheit“ war im Stadtparlament zuletzt durch Bogas und Otto Stein vertreten. Der letztere sorgte ständig für die Beliebit des Hauses, Stein, ein kummer und bockierter alter Schwager, erinnert in seiner Figur und Qualität an die Fische, die sich im Meer noch sind und in denen die Zimmer in den besten Flagen am schlechtesten möbliert sind. Diese Partei des Herrn Stein, die ihr arbeitgeberfeindliches Programm durch soziale Phrasen verdeckt, will den verhassten Stahlhelmhüpfen, den Rechtsanwalt Dr. Frickhans Stadtparlament schießen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen Bres-laus werden dem Stahlhelm-Rechtsanwalt und seinen Spießgesellen schon gelogen, wo Partei der Volk ist.

Auch die Nationalsozialisten wollen ins Stadtparlament. Diese von jüdischen und deutschen Kapitalisten ausgeleitete Partei (siehe Artikel auf der Bellage), magt es, den Arbeiter vor-zuzulügen, daß sie Arbeiterinteressen vertritt. Um die Proletariat zu täuschen, haben sie auf ihre Bitte neben einem Jungmaler und einem Sandlungsgehilfen einen Kesselschmied, einen Wildhauer und einige andere Personen gekleidet, die von Beruf Arbeiter sein wollten, aber selbstverständlich im Solde der Kapitalisten stehen und jede Stunde bereit sind, bei Streiks den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu stoßen.

Noch ein paar Worte zu den kapitalistischen Spitzpartei. Diese „Parteien“, die kaum mehr Mitglieder haben als ein Handzuchtverein, entspringen nicht nur dem Verstandesbedarf, sondern ihnen stehen Kapitalisten- und Interessengruppen, die be-strebt sind, die Stimmen der von dem Ruin bedrohten, verdtitterten kleinen Geschäftskunde und Handwerker zu ergattern und sie vom Weg zur kommunistischen Partei fernzuhalten.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ hat keine Liste aufgestellt, da für steht ein geheimer Stelke eine „Wirtschaftliche Not-vereinigung“ der Gewerbe- und Hausgewerbetreibenden in Hand-werk, Gewerbe und Hausgewerbe. Das sind alle Arbeiterkinder und gewissenlose Interessentpolitikaner im anderen Gemand. Da sie als Hausbesitzerpartei keine Stimmen der kleinen Geschäftsleute erhalten würden, haben sie sich ein neues Firmenschild angeschafft. Von der Reichspartei des deutschen Mittelstandes gilt das gleiche.

Unsere Genossen und Genossinnen müssen mit den kleinen Ge-fälligkeitsparteien sprechen, sie aufklären über die Schandthaten der bürger-lich-sozialdemokratischen Parteien und verhindern, daß sie deren Demagogie zum Opfer fallen. Auch für sie muß am 17. November die Parole lauten: Alle Stimmen der Liste 8!

Die kommunistische Kreisstagsliste

- Die kommunistische Partei hat für die Wahlen zum Kreislag Breslau nachstehende Kandidatenliste eingereicht:
1. Poffmann Karl, Stellmacher; 2. Bsumsel Paul, Metallarbeiter; 3. Riesel August, Zimmerer; 4. Adam Paul, Dachdecker; 5. Berner Oskar, Fabrikarbeiter; 6. Reize Hermann, Arbeiter; 7. Neumann Richard, Arbeiter; 8. Knorr Adolf, Arbeiter; 9. Werner Emma, Arbeiterin; 10. Schöbel Hermann, Landarbeiter; 11. Frost Richard, Sattler; 12. Stephan Gottlieb, Bauarbeiter.
- Arbeiter, Kleinbauern! Wecht eure Stimme dieser Liste der Arbeit, macht hinter der Nummer 8 euer Kreuz!
- Peiterwitz. Wahlversammlung der Partei. Am Sonnabend sprach der Genosse Thomas-Breslau über die Gemeindevahlen. Ausgehend von der politischen Bedeutung der Kommunalwahlen zeigte er die Zusammenhänge zwischen der Politik im Reich und in den Gemeinden auf. Zum Schluß behandelte er den Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion und stellte diesem in eine freie Zukunft führenden Weg die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland gegenüber, die in den Abgrund führt, wenn das Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei sich nicht zu entschlossener Abwehr und und darüber hinaus zum Angriff gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung sammelt. Der erste Schritt dazu ist die Stimmabgabe für die kommunistische Partei. Der einmütige Befehl, der den Ausführungen des Referenten folgte, zeigte, daß die trotz des schlechten Wetters zahlreich erschienenen Arbeiter und Kleinbauern in der KPD ihre Interessen vertreten sehen und dafür sorgen werden, daß auch für die Zukunft Peiterwitz ein Stützpunkt des Kommunismus ist.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau
 - Stadteil Nord. Mittwoch 20 Uhr die Versammlung in der „Stadt Kamslar“ aus. Dafür alles nach Oswitz in die Wahlversammlung im „Paradies“.
 - Stadteil Süd. Alle Parteigenossen und Mitglieder der befreundeten Organisationen treffen sich täglich 17 Uhr am Kapplation im „Eisenkühn“, Spilstraße, Erwerbslohe um 15 Uhr.
 - Kommunistischer Jugendverband
 - Breslau
 - Gruppe Ostung. Heute Dienstag 20 Uhr beimabend, Uferstraße. Im Kreislag. Erbrechen ist Willig.
 - Gruppe Nord. Mittwoch. Der Gruppenabend findet diese Nacht Dienstag 20 Uhr bei Metzger statt.
 - Nord. Dienstag 20 Uhr beimabend in der „Stabi Kamslar“.
 - Erbrechen Willig!
 - Dienstag Kreislag-Sitzung. 19,30 Uhr. Feldstraße 50.
 - Mittwoch 20 Uhr Gesamtkonferenz der Kreislag. Mittwoch 19,30 Uhr in Oswitz, im „Paradies“.
 - Oswitz
 - Funktionäre der Kreislag werden müssen unbedingt erscheinen.
 - Moler Frauen- und Mädchenbund
 - Breslau
 - Mittwoch 20 Uhr im „Molen Röhren“ Probe zur Gedächtnisfeier.
 - Tägliches Erscheinen ist Willig!
 - Sonstige Organisationen
 - Breslau
 - Freitag, 19,30 Uhr im „Vogelheim“ (Metallarbeiterklub) Kreislag Arbeiterjugendversammlung. Alle Jugendbewerber müssen erscheinen.

Wegen seines heilsamen Kieselsäure-Gehalts ist Das so gesunde Dr. Sentner-Brot

jedermann zu empfehlen. Durch Deutsches Reichspatent geschützt! Aufklärungsschrift und Verkaufsbroschüre durch Dr. Sentner & Co. G. m. b. H., Steinf...

Waldenburger Bergland

Massen heraus Wählt Kommunisten!

Bis zum 16. November finden im Unterbezirk Waldenburg öffentliche Versammlungen an folgenden Tagen und in folgenden Orten statt:

Dienstag, 12. November

Stadtpark in Waldenburg: 19 Uhr.

Mittwoch, 13. November

Neu-Salsbrunn: 19.30 Uhr, Lokal „Deutscher Frieden“. Ref. Josef Malzer.

Dittersbach: 19 Uhr, Lokal „Tiefbau“. Ref. Richard Schulz.

Wüstegiersdorf: 20 Uhr, Lokal „Sonne“. Ref. Karl Honisch.

Donnerstag, 14. November

Althain: 19 Uhr bei Geisler. Referent Richard Schulz.

Althausen: 19.30 Uhr, „Weißes Rob“. Referent Josef Malzer.

Freitag, 15. November

Waldenburg: 19 Uhr, „Stadtbrauerei“. Referent Genosse Fritz Franz.

Nieder-Hermsdorf: 19.30 Uhr, „Fiedenshoffnung“. Referent Richard Schulz.

Weißstein: 19.30 Uhr, „Deutsches Haus“. Ref. Karl Honisch.

Härengrund: 19 Uhr bei Jakob. Referent Karl Becker.

Nieder-Salsbrunn: 19.30 Uhr, „Anker“. Referent Fritz Franz.

Künzdorf: 19 Uhr, Witwers-Gasthaus. Ref. Adolf Franz.

Sonntag, 16. November

Neurode: 19 Uhr, „Weißer Adler“. Ref. Richard Schulz.

Rothenbach: 20 Uhr, Lokal wird noch bekanntgegeben. Referent Fritz Franz.

Gottesberg: 19 Uhr, „Schwarzes Rob“. Ref. Josef Malzer.

Seitendorf: 19 Uhr bei Volke.

Achtung, Bauarbeiter!

Am Mittwoch, dem 13. November, um 18.30 Uhr, in der „Stadtbrauerei“, Waldenburg, Mitgliederversammlung.

Tod in der Fremde. Der 16-jährige Sohn Ernst der Familie Reichelt in Altwasser, der die Realschule Wilsdruff besucht, stürzte beim Spiel von einem Baum und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

Weißstein. Hauspflege. Der Gemeindevorsteher gibt die Einrichtung der Hauspflege in Weißstein bekannt. Die Hauspflege bezweckt die Aufrechterhaltung des Haushaltes in Zeiträumen, während deren die Hausfrau aus vorübergehenden Gründen (Krankheit, Wochenbett, Krankenhausbefahrung oder Heilanstaltenaufenthalt) ganz oder teilweise an der Ausübung ihrer Hausfrau- und Mutterpflichten verhindert ist. Hauspflege kann auf ganze und halbe Tage gewährt werden, kommt aber nicht in Frage, wenn die Leitung durch Angehörige oder Nachbarn unentgeltlich möglich ist. Die Entschädigung der Hauspflegerin beträgt neben der Verpflegung täglich 1,50 Mark, für den Wochentag 2 Mark. Alle Anträge auf Stellung von Hauspflegerinnen sind auf dem Wohlratsamt zu stellen.

Schwerer Eisenbahnunfall

Am Sonntag um 3.16 Uhr ereignete bei Einfahrt eines Güterzuges in Waldenburg in der Weiche 3a die Zuglokomotive infolge Pflanzenreife durch eine Vortrieblokomotive mit allen Achsen. Hierdurch wurden vier Wagen ineinandergeschoben und zerstört. Ein Schaffner wurde leicht verletzt. Die Güter Dittersbach-Waldenburg-Dittersbach waren mehrere Stunden gesperrt.

Drillings. In Dirmannsdorf wurden der Familie des Bergbauers Alfred Richter Drillings geboren. Sie — drei Mädchen — kamen bald nach der Geburt.

Schweifen

An alle Parteigenossen! Am Mittwoch, dem 13. November, Parteimitgliederversammlung bei Hübel Anfang 19.30 Uhr. Alles muß erscheinen!

Im Stadttheater ist die alte Operette „Orpheus in der Unterwelt“ zu sehen worden. Das Spiel ist nur ein Akt, eine Verkürzung der klassischen Kunst, die sich das betrieblam wachsende, materiell denkende Bürgertum des vorigen Jahrhunderts erlaubt hat. Enttäuscht ist der Mangel aller unedlen Rücksicht. Die gefällige Kunst, die Munterkeit der Darsteller und die grotesken Bühnenbilder verlegen die Zuschauer in heiterste Stimmung. — R.

Landeshut

Wählt Kommunisten!

Unsere Kandidaten zum Stadtparlament:

Wilhelm Brückner, Paul Schwerdtner, Hermann Pächold, Robert Kress, Emil Wittig, Hermann Lorenz, Paul Panzer, August Thomas, August Rudolf, Fritz Scholz, Richard Otte, Hermann Steinberg, Ferdinand Böhm, Ernst Gebauer, Gustav Brückner, Karl Sattler, Karl Ditsch und Friedrich Kühn.

Unsere Kandidaten zum Kreisrat:

Wilhelm Brückner, Landesrat; Fritz Köhner, Liebau; Ernst Hoffmann, Schwarzwalde; Marie Ksther, Krausendorf; Walter Hoffmann, Rathenbach; Hermann Schreiber, Reichshausen; Gustav Hoffmann, Liebau; Alfons Kress, Schwarzwalde; Richard Weiß, Krausendorf; Josef Diekmann, Rathenbach; Paul Schwerdtner, Landesrat; Wilhelm Zanner, Neudorf; Richard Hoffmann, Schwarzwalde; Alfred Kammer, Krausendorf; Anton Kausch, Reichshausen; Ernst Gumpfre, Rathenbach; Hermann Pächold, Landesrat; Heinrich Kress, Schwarzwalde; Anton Emssoda, Liebau; Robert Kress, Landesrat; Max Hoffmann, Liebau; Hermann Wittig, Schwarzwalde.

Veränderung der Wahlbezirke

Infolge der Eingemeindung von Ober-Beppersdorf und Eichenau am Krippelhof sind Veränderungen in den Wahlbezirken eingetreten. Es wählen im I. Wahlbezirk (Wahllokal Rat-

haus, StadtverordnetenSaal): Böhmisches StraÙe, BrauhausstraÙe, Brauplatz, FischstraÙe, FriedrìchstraÙe, An der FriedrìchstraÙe, KornstraÙe, Kurze Gasse, Markt, MühlstraÙe, Mühlgrabenpromenade, Oberthor, Portengasse und WilhelmstraÙe. II. Stimmbezirk (Wahllokal „Derberge zur Heimat“): BismarkstraÙe, An der Hoherbrücke, GartenstraÙe, Kirchgasse, KirchstraÙe, Kirchplatz, Plebauer StraÙe, Methnerplatz, WollfstraÙe, Schmiedeberger StraÙe, Schämberger StraÙe 1-14 und 42-46, WallstraÙe 1-10 und 48-51. III. Stimmbezirk (Wahllokal Gashof „Mauer StraÙe“): Vollenhainer StraÙe, Burgberg, OberstraÙe, SchächthausstraÙe, Alte Vogelendorfer StraÙe, WallstraÙe 20-47, Verlängerte WallstraÙe, Waldenburger StraÙe, Alte Waldenburger StraÙe. IV. Stimmbezirk (Wahllokal Gashof „Zur Sonne“): DeuchelstraÙe, Deuchelplatz, FrahnestraÙe, IndemannstraÙe, Um Mühlgraben 1-3, FußstraÙe, Schämberger StraÙe 15-41, Steblingweg, Stadtwaldweg, BiederstraÙe, Bielefeldweg, Rinderhellstätte und Volkshellstätte. V. Stimmbezirk (Wahllokal Schleghausaai): Breitenau, SchleghausstraÙe, Schleghausplatz, Trautenauer StraÙe. VI. Stimmbezirk (Wahllokal Dösel „Paiferhof“): BahnhofstraÙe, WelschstraÙe, Feldweg, HügelstraÙe, KrippelhofstraÙe, Schloß und Gut Krippelhof, Schloßweg und Siltweg. VII. Stimmbezirk (Wahllokal Gashof „Zum Luder“, Keiner Saal): Leppersdorfer

An alle Ortsgruppen im Bezirk Schlesien

An alle Ortsgruppen gelangen zum Versand:

1. Ein für die sozialdemokratischen Arbeiter bestimmtes Flugblatt.
2. Plakatstreifen.
3. Klebezettel.
4. Für die Ortsgruppen in Textilgebieten ein Flugblatt für die Textilarbeiter.

Die Genossen müssen sofort für eine gute Verteilung des Materials Sorge tragen.

Zugleich machen wir auf das letzte Rundschreiben der Bezirksleitung aufmerksam, in dem die Ortsgruppenleitungen in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet werden, Sonntag, den 17. November, zwischen 21 und 23 Uhr der Bezirksleitung telephonisch das Wahlergebnis mitzuteilen. — Anrufen kann werden: Amt Breslau 570 07 oder 239 02 oder 560 39 oder 288 37.

Bezirksleitung Schlesien
Sekretariat.

Niederschlesien

Die Forderungen der Notstandsarbeiter vom Görlicher Magistrat abgelehnt

Die bereits veröffentlichten Forderungen der Notstandsarbeiter waren in der letzten Stadtverordnetenitzung Gegenstand einer Anfrage der kommunistischen Stadtverordneten an den Magistrat. Bekanntlich sollte der Lohn der Notstandsarbeiter insofern getürzt werden, daß sie ab 1. November fast 7 nur 6 Stunden arbeiten sollten. Der Magistrat schätzte drei Notstandsarbeitern gnädig, daß sie bis 30. November weiter sieben Stunden arbeiten und ab 1. Dezember dann sechs Stunden. Wo sich also die Lebenshaltung verteuert durch verhärtete Ausgabe für Heizung, Beleuchtung, warme Kleidung usw., da soll eine Lohnkürzung eintreten. Diese Maßnahme wurde in der gleichen Sitzung angekündigt, in der die Anstellung eines Stadtpolizeikommissars beschlossen wurde und 80 000 Mark für den Polizeistat gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt wurden. Auch die berechnete Forderung von 20 Prozent Lohnerhöhung wurde abgelehnt, denn das Geld wird für die Polizei gebraucht. Die nächste Forderung auf Bezahlung der Regentage bzw. Stunden wurde ebenfalls vom demokratischen Oberbürgermeister mit einem glatten „Nein“ beantwortet. In seinem Büro spielt es ja keine Rolle, ob es regnet oder schneit, und auf der StraÙe steht ja auf Kosten der Steuerzahler das Auto zur Verfügung. Über dieser „Demokratie“ gab noch eine weitere äußerst „demokratische“ Antwort. Die Kommunisten forderten nämlich, daß die Notstandsarbeiter auf dem Gelände des Flugplatzes Belegkassaverammlungen abhalten dürfen, unter Hinzuziehung der von ihnen gewünschten Referenten. Das antwortete der demokratische Oberbürgermeister?

Als Referenten dürfen nur die „zuhandigen“ Gewerkschaftsführer verwendet werden.

Nun, die Notstandsarbeiter wollen von diesen „zuhandigen“ Vertretern nichts wissen. Einen von diesen Leuten haben sie ja schon mal aus ihrer Versammlung anständig hinausgeworfen. Zuständig sind für sie die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition, zu deren Reichstongreß sie ja bereits einen Delegierten gewählt haben. Bei der Beantwortung des letzten Teils der kommunistischen Anfrage schlug sich der Ober selbst ins Gesicht. Hatte er doch bei der feinerzeitigen Beratung der Vorlage über die Beschäftigung der Notstandsarbeiter in aller Deutlichkeit erklärt, daß bei der Festsetzung der Leistungen dieser Arbeiter auf ihren früheren Verdienst und ihre lange Erwerbslosigkeit Rücksicht genommen werden soll. Da nun die Unternehmer immer höhere Forderungen an die Arbeitsleistung stellen, forderten die Kommunisten, daß bei der Festsetzung der Leistungen die von den Arbeitern gewählten Vertreter ausschlaggebend sein sollten. Die demokratische Antwort des demokratischen Oberbürgermeisters lautete „nein“. Ja, ein Oberbürgermeister steht halt doch zu dem, was er einmal gesagt hat, auch wenn er Demokrat ist. Damit die Wohlhabensgenießer mit ihrem „Einkommen“ nicht in allzu bedenkliche Nähe des zirkulären 30 000 Mark betragenden Jahreseinkommens des „Obers“ kommen, lehnte er auch ab, die Forderungen der Kommunisten auf Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung auf 80 Prozent des Verdienstes.

Wichtige Versammlungen

Heraus zur Kundgebung in Glogau!

Kommunen Freitag 19.30 Uhr öffentliche Kundgebung am Dominikanerplatz. Referent: Reichstagsabgeordneter Ottomar Geisler. Berlin. Antrreten 18.30 Uhr Demokratie zur Demonstration.

Erwerbslosenversammlung in Grünberg

Donnerstag 17 Uhr im „Goldenen Frieden“ Erwerbslosenversammlung. Kein Erwerbsloser darf fehlen. Folgt dem Rufe eures Anstifters.

StraÙe, Ortsteil Ober-Beppersdorf, VerschkestraÙe, Reuzendorfer StraÙe, Richardplatz, RoonstraÙe, Schreibeendorfer StraÙe und Schulweg.

Die Wahl findet in der Zeit von 9 Uhr bis 18 Uhr statt. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint frühzeitig zur Wahl und agitiert für Liste Nr. 6 mit dem Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands. Gebt den Kapitalisten und ihrem Anhang, der Verdrängung der Arbeiter die verdienten Forderungen. Wählt Liste Nr. 6, beginnend mit Wilhelm Brückner!

Terrorakt beim Volksbegehren in Krausendorf

A. R. Auch in Krausendorf hatten sich die Deutschnationalen bemüht, durch eine Versammlung Zustimmung für das Volksbegehren zu machen. Die Versammlung, welche vom Gemeindevorstand einberufen war, der den Gemeindevorstand von Haus zu Haus geschickt hatte, war fast ganz besetzt. Ganze zwanzig teutsche Männer waren anwesend. Da die Einzelstimmen sehr schwach gefällig wurden, waren die Kapitalknechte sehr ärgerlich. Besonders ärgerlich war der Förster Bolle vom Rintelschen Dominium in Krausendorf. Da er keine Arbeiter im Forst und auf dem Dominium nicht im Guten überzeugen konnte, versuchte er es mit Terror, indem er den Arbeitern androhte: „Wer nicht einzeichnen geht, wird entlassen!“ Leider hat sich ein Teil der Arbeiter einschüchtern lassen.

Dieser Herr landbildet zur Gemeindevahl auf der Bürgerliste. Gebt diesen Leuten für ihre Schandthaten die Quittung und wählt am 17. November die rote Arbeiterliste. Die dort aufgestellten Arbeiter werden gemeinsam mit euch den Kampf führen gegen die kapitalistische Ausbeuterpolitik, gegen die Schlanen, die die Kapitalisten und ihre Kapitalknechte gegen euch ausüben!

Jauer

Jauer hört auf Kreisstadt zu sein

Nach den Plänen der preußischen Staatsregierung sollten der Kreis Jauer sowie der Kreis Wollentzen aufgelöst werden. Daburch wird die frühere „Residenz- und Fürstentumsstadt“ ihres „Gloriescheins“ entkleidet und zu einem ganz gewöhnlichen Marktsteden gestempelt. Wie wir hören, soll die Stadt Jauer dem Kreise Striegau zugeteilt werden. In den Kreisen der Arbeiterkassier ist man bereits seit einigen Wochen, daß das Arbeitsamt Jauer neuerdings nach Striegau verlegt werden soll. Für uns erschien eine derartige Maßnahme unverständlich, da ein fünfjähriger Vertrag besteht. Wir fragen den Landrat des Kreises und den Magistrat der Stadt Jauer öffentlich an, ob obiges Gerücht den Tatsachen entspricht?

Briefkasten

Frage: Bin geschieden und soll für ein Kind Alimente bezahlen. Wie hoch ist der abzugsfreie Verdienst pro Woche bei ein, zwei und drei Kindern, welche zu meinem Haushalt gehören? — Antwort: In diesem Falle gibt es kein gesetzlich festgelegtes abzugsfreies Einkommen.

Niederschlesien

Die Forderungen der Notstandsarbeiter vom Görlicher Magistrat abgelehnt

Die bereits veröffentlichten Forderungen der Notstandsarbeiter waren in der letzten Stadtverordnetenitzung Gegenstand einer Anfrage der kommunistischen Stadtverordneten an den Magistrat. Bekanntlich sollte der Lohn der Notstandsarbeiter insofern getürzt werden, daß sie ab 1. November fast 7 nur 6 Stunden arbeiten sollten. Der Magistrat schätzte drei Notstandsarbeitern gnädig, daß sie bis 30. November weiter sieben Stunden arbeiten und ab 1. Dezember dann sechs Stunden. Wo sich also die Lebenshaltung verteuert durch verhärtete Ausgabe für Heizung, Beleuchtung, warme Kleidung usw., da soll eine Lohnkürzung eintreten. Diese Maßnahme wurde in der gleichen Sitzung angekündigt, in der die Anstellung eines Stadtpolizeikommissars beschlossen wurde und 80 000 Mark für den Polizeistat gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt wurden. Auch die berechnete Forderung von 20 Prozent Lohnerhöhung wurde abgelehnt, denn das Geld wird für die Polizei gebraucht. Die nächste Forderung auf Bezahlung der Regentage bzw. Stunden wurde ebenfalls vom demokratischen Oberbürgermeister mit einem glatten „Nein“ beantwortet. In seinem Büro spielt es ja keine Rolle, ob es regnet oder schneit, und auf der StraÙe steht ja auf Kosten der Steuerzahler das Auto zur Verfügung. Über dieser „Demokratie“ gab noch eine weitere äußerst „demokratische“ Antwort. Die Kommunisten forderten nämlich, daß die Notstandsarbeiter auf dem Gelände des Flugplatzes Belegkassaverammlungen abhalten dürfen, unter Hinzuziehung der von ihnen gewünschten Referenten. Das antwortete der demokratische Oberbürgermeister?

Als Referenten dürfen nur die „zuhandigen“ Gewerkschaftsführer verwendet werden.

Nun, die Notstandsarbeiter wollen von diesen „zuhandigen“ Vertretern nichts wissen. Einen von diesen Leuten haben sie ja schon mal aus ihrer Versammlung anständig hinausgeworfen. Zuständig sind für sie die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition, zu deren Reichstongreß sie ja bereits einen Delegierten gewählt haben. Bei der Beantwortung des letzten Teils der kommunistischen Anfrage schlug sich der Ober selbst ins Gesicht. Hatte er doch bei der feinerzeitigen Beratung der Vorlage über die Beschäftigung der Notstandsarbeiter in aller Deutlichkeit erklärt, daß bei der Festsetzung der Leistungen dieser Arbeiter auf ihren früheren Verdienst und ihre lange Erwerbslosigkeit Rücksicht genommen werden soll. Da nun die Unternehmer immer höhere Forderungen an die Arbeitsleistung stellen, forderten die Kommunisten, daß bei der Festsetzung der Leistungen die von den Arbeitern gewählten Vertreter ausschlaggebend sein sollten. Die demokratische Antwort des demokratischen Oberbürgermeisters lautete „nein“. Ja, ein Oberbürgermeister steht halt doch zu dem, was er einmal gesagt hat, auch wenn er Demokrat ist. Damit die Wohlhabensgenießer mit ihrem „Einkommen“ nicht in allzu bedenkliche Nähe des zirkulären 30 000 Mark betragenden Jahreseinkommens des „Obers“ kommen, lehnte er auch ab, die Forderungen der Kommunisten auf Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung auf 80 Prozent des Verdienstes.

80 Jahre Zuchthaus

Das Görlicher Schwurgericht beurteilte am Sonnabend den 29 Jahre alten in Neulitz bei Delitz geborenen Moller Paul Wafelt wegen Brandstiftung zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Zuchthaus. Die Untersuchungsfrist wird nicht angedreht. Der Staatsanwalt hatte eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus beantragt. Wafelt hatte in Delitz und Deberitz mehrere Anwesen und Schuppen angezündet, um bei der allgemeinen Verwirrung rauben zu können.

Magnau

Schwerer Motorradunfall eines Kaplans

Der in der katholischen Kirche arbeitende Kaplan Friedrich hatte von hier nach Goldberg eine Fahrt auf dem Motorrad unternommen. Auf der Heimfahrt stürzte er in scharfer Fahrt in der Nähe von Seifersdorf so, daß er bewußtlos liegen blieb. Ein Arzt veranlaßte seine Ueberführung ins hiesige städtische Krankenhaus.

Liegnitz

Proletarierlos

In einer der letzten Nächte verließ ein 61-jähriger Solzhibauer an Herzschlag. Nach 33jähriger Dienstleistung wurde dieser Prolet wegen einer Beinverletzung aus dem Betriebe gedrängt. Seine ehemaligen Arbeitskollegen, SPD-Leute, die jetzt in gutbezahlten Ämtern auf dem Arbeitsamt sitzen, schickten diesen abgeschundenen Greis als Hausseerarbeiter zum Straßenbau. Dem damit verbundenen unbedingten Leben sowie der Knochenweichheit war der ausgebeutete Arbeiter nicht mehr gewachsen. So trat denn der unvermeidliche Zusammenbruch ein. Nach zwei Tagen Krankheit war er tot.

Aus dem Riesengebirge

Die Arbeiter-Samariterkolonne Hermsdorf (Gymn.) beginnt am 20. November mit einem neuen Aufmärsch über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Ubungsabende finden jeden Mittwoch, 19.30 Uhr im Gashof „Zu den Schneegruben“ statt. Teilnehmer zu dem Ausmarsch können sich schon jetzt beim Vorsitzenden, Genossen Lehmann, und beim Technischen Leiter, Genossen Dornh, melden.

Oberschlesien

Olshwitz

Vollzeiher als polnischer Spion

Am 7. November wurde der Vollzeiher Poplech von dem polnischen Konsulbüro in Olshwitz verhaftet. Ihm wie auch seiner Frau wurde Spionage zugunsten Polens zur Last gelegt. Er hat dem polnischen Staat gegen Bezahlung von 8800 Mark den Mundstillschweigerlisten verkauft. Schon mehrere Monate hindurch hat das Ehepaar dieses Geschäft betrieben. Die Frau P. wurde auf freier Ladung von der Grenze abgelassen, als sie einen neuen Geschäftskreis in Olshwitz eröffnete.

Das Olshwitzer Vollzeiherbüro ist doch der erste Korruptionsbüro. Hier Schöpfung, die bezahlte Arbeit. Wie wir hören, war für den laubhaften Vollzeiher gerade die Beförderung zum Obervollzeiher unterwegs.

Na, wir werden wohl noch mehr solcher Dinge aus dem Korruptionsbüro, genannt Vollzeiherbüro, erleben.

Weder ein Baumfall

Am Sonntag wurde auf dem Neubau Johannesstraße, infolge Preßens der Gefährlichkeit, der Hausmann Thomas W. aus Zurlau, Kreis Oppeln, von dem etwa acht Meter hohen Gerüst, an dem sich innere Verletzungen zu und wurde mittels städtischen Krankentragens in das städtische Krankenhaus geschafft.

In Tode gepuffert

Auf dem hiesigen Rangierbahnhof zerbrach das mörderische Dampfsystem wieder ein Todesopfer. Der Rangierer Paul Floss aus Hinderburg kam zwischen zwei Maschinen und wurde zu Tode gepuffert. Seine Leiche wurde ins Konsulbüro geschafft. — Natürlich wird es wieder „Selbstverschulden“ heißen. Doch das sennter ist. Innerhalb kurzer Zeit ist das schon das zweite Opfer des Gleiswärters Todeses, Eisenbahner, wehrt auch geschloßen gegen das Mordwerkzeug. Kämpft mit der Opposition für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Hinderburg

Achtung, wartende Frauen

Am Dienstag, dem 12. November, 17 Uhr, findet im kleinen Saal von Biegla, Gildstraße, eine

Öffentliche Frauenversammlung

statt. Es spricht die Genossin G. Waackel, aus Oppeln, über das Thema: „Die Frauen und die Aufgaben der Frauen.“ Werttätige Frauen, erscheint restlos. Frauengruppe der KPD.

Beuthen

Selbstmordversuch

Am 8. November, gegen 13 Uhr, unternahm eine 45jährige Frau aus Beuthen im hiesigen Schwanenteich auf der Promenade einen Selbstmordversuch. Sie wurde von zwei männlichen Personen aus dem Wasser gezogen und mittels Krankentragens in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Achtung, arbeitslose Mädchen

Einer unbekanntem Betrügerin: sel am 19. Oktober die ledige Effe Sm. aus Bielefeld in die Hände und wurde von dieser emfindlich geschädigt. Die Unbekannte versprach ihr, gegen Zahlung von 60 Mark, eine gute Stellung zu beschaffen, worauf die Sm. sofort einging. Nach Empfang des Geldes verschwand sie in einem Saale in der Gärtnerei und kam nicht wieder. Dieselbe Frauensperson soll schon früher mehrere Personen durch ähnliche Betrugereien geschädigt haben. Die Räterin wird wie folgt beschrieben: mittelgroß, etwa 55 Jahre alt, Bekleidet war sie mit einem weinrotten Mantel.

Ratibor

Massenentlassungen bei den Siemens-Planiperten

L. S. In einigen Tagen werden in Ratibor wieder 100 Arbeiter freigesetzt. Die Siemens-Planipa-Werke, der einzige Großbetrieb in Ratibor, entlassen diese hundert Arbeiter. Als Grund zu dieser ungeheuerlichen Maßnahme wird „Arbeitsmangel“ angegeben. Da in letzter Zeit der Betrieb erst großartig erweitert wurde und neue Maschinen erbaut wurden, liegt der Grund für den Massenabbau sehr unwahrscheinlich. Es wird so sein, daß neue Nationalisierungsmassnahmen in Vorbereitung sind; dazu will aber die Verwaltung den Betrieb von allen Massenbewußten Elementen säubern. Arbeitnehmern, macht sofort Front gegen die Massenentlassungen. Verlangt sofort eine Belegschaftsversammlung und fordert dort geschlossen die Zurücknahme der Kündigungen. Steht fest zusammen und kämpft geschlossen gegen solche Maßnahmen und für Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die vamenstliche Antreiberei und für bessere Löhne.

Neustadt

Zur Abschnung am 17. November!

Die kommunistische Partei rief am Sonntag zu einer öffentlichen Versammlung auf. Vor einigen hundert Menschen und der mobilgemachten Polizei sprachen die Genossen Schulz, Giesewitz und Frig. Die zwar kurzen aber kernigen Ausführungen fanden, wie der Bericht beweist, einen guten Boden. Arbeiter und Arbeiterfrauen, rechnen am 17. November mit dem korrupten System ab. Alle Stimmen der Liste 3, der KPD! Kämpft für ein Sowjetdeutschland!

Groß-Strahlitz

Drei Mark täglich für zwei Familien

„Sozialpolitik“, das ist heute in der kapitalistischen Republik nichts anderes als ein Sportwort. Hunderte von Beweisen kann man dafür anführen. In Groß-Strahlitz ist die Sozialpolitik total auf den Hund gekommen. Absolut nichts wird für die Armen von der Stadt getan.

Ein Arbeiterpaar erhielt von Januar bis März d. J. keine Arbeitslosenunterstützung. Er wandte sich an den Magistrat um Unterstützung und erhielt für seine Familie mit zwei Kindern drei Wochen lang 10 Mark. Dann wurde er von der Stadt zur Müllarbeit herangezogen und erhielt dafür täglich 1,75 Mark in Gütern. Infolgedessen blieb der Arbeiterpaar einige Zeit die Müllarbeit. In den Magistrat richtete er einen Antrag auf Übernahme der Altersschulden. Der Magistrat verschleppte diesen Antrag bis Mitte Oktober. Jetzt hat der Arbeiter im Industriegebiet Arbeit erhalten und verdient 150 Mark monatlich. Mit diesem Gelde muß er hier an seiner Arbeitsstelle leben und seine Familie in Groß-Strahlitz unterhalten. Der Magistrat lehnte jetzt endgültig den Antrag des Arbeiters ab und gibt als Grund an, daß der Arbeiter 150 Mark verdient und von diesem Gelde auch seine alten Schulden zahlen kann.

Schöne Sozialfürsorge. Von drei Mark täglich sollen also vier Personen in zwei Haushalten leben, sich kelleiden, Wohnung bezahlen und noch alle Schulden begleichen. Die Herren vom Magistrat würden das bestimmt nicht vornehmen können.

Arbeiter, kämpft als Kommunisten gegen diese Zustände. Weht am 17. November diesem System die Antwort und wählt Kommunisten durch Liste 3.

Ziegenhals

Am 17. November alle Stimmen der KPD!

Am vergangenen Sonntag hatte die kommunistische Partei die Arbeiter zu einer Kundgebung nach dem Ring eingeladen. Bize 250 bis 300 Personen nahmen an der Kundgebung teil, in der Genosse Wendrich sprach. Der Redner nahm sich die einzelnen Parteien, die jetzt vor den Wahlen sich wieder bestimmen, daß die Arbeiter nicht leiden, und deren Stimmen sie für sich, erlangen möchten, gehörig vor. Aber die Arbeiterchaft hat von dieser Verprechungen, besonders von denen der SPD, die Nase voll. Sie läßt sich ein zweitesmal nicht mehr über Ohr haufen und wird diesmal diesen Parteien der Ausbeutung und des Betrugs die Dultung geben, indem sie die Liste der Kommunisten wählt. Es wird nicht früher besser, bevor die Arbeiterchaft nicht dem Beispiel der Arbeiter in Neuhald, die die Ausbeuter und ihre Helfer zum Zeisel gesagt und die Sowjetkommunisten erreicht haben, gefolgt sind.

Der letzte Schritt war ein Beweis dafür, daß die Arbeiter auch in diesem schwarzen Meiste immer schärfer zum Gedanken des Kommunismus stoßen. Der 17. November wird ein weiterer Beweis dafür sein.

Oppeln

Der Gewerbe rat zur Lehrlingsausbeutung

Einige Oppelner jugendliche Arbeiter haben an die Gewerbeaufsichtsbehörde eine Beschwerde gerichtet und diese mit der falschen Hoffnung verbunden, als sei zu erwarten, daß diese die skandalösen Zustände beseitigen würde. Durch die Antwort des Gewerbe rates Mosler sind die Jugendlichen ebenfalls um eine Erfahrung reicher geworden, denn sie wissen jetzt, von dieser Seite ist keine Hilfe zu erwarten, sondern sie müssen zusammen mit den älteren Arbeitern den Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage aufnehmen.

Zu der unübersichtlich langen Arbeitszeit der Jugendlichen bei der Firma Mahner schreibt der Gewerbe rat:

Zu 1: Die Arbeitszeit ist von 7 bis 18 bzw. 17 Uhr mit einer halben Stunde Frühstück, und einer Stunde Mittagspause neun- einhalb Stunden. Nach dem Tarifvertrag des Installationsgewerbes zu Oppeln ist eine längere Arbeitszeit zulässig, nur sind dafür Zuschläge zu bezahlen. Angeblich erhalten auch die Lehrlinge für die Überstunden einen Zuschlag. Zurzeit ist Hochbetrieb im Klempnergewerbe. Es werden daher in der Woche bis zu 60 Stunden gearbeitet. Nach § 3 der Arbeitszeitverordnung können Arbeitgeber an 30 ihrer Wahl überlassenen Tagen eine Überarbeitszeit von zwei Stunden am Tage fordern. Diese Arbeitszeit ist den Arbeitern nur mitzuteilen und in ein Buch einzutragen. Da die Lehrlinge bei Mahner in Kost und Logis sind, können sie auch zu kleinen Handrechnungen hinzugezogen werden.

Zu 2: In eigentlichen Schichtarbeiten werden die Lehrlinge nicht benutzt. In diesem Jahre sind angeblich solche Arbeiten nicht ausgeführt worden. Wenn jedoch Ton- oder Wasserleitungsrohre (zu- und Abflusleitungen) gelegt werden müssen, dann müssen auch die Lehrlinge zum Schichten genommen werden. Was das Biegeltragen anbelangt, so haben einige Lehrlinge bei dem Garagenbau zeitweise etwas mithelfen. Für das Kalktrahren ist eine Maschine vorhanden. Nur bei Ausbesserungsarbeiten (Nacharbeiten) müssen die Lehrlinge auch Kalk anrühren. Meines Wissens gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen, die die Verwendung der Lehrlinge zu derartigen Arbeiten verbietet.

Das ist alles, was der Herr-Gewerbe rat auf die Beschwerde der jugendlichen Arbeiter zu sagen weiß. Das immer wiederkehrende

Wort „angeblich“ läßt durchscheiden, daß er selbst nicht genaue Nachforschungen angestellt hat, sondern lediglich die Informationen des Herrn Mahner wieder gibt, die er selbst nicht zu glauben schließt.

Die Jungarbeiter sehen daraus, daß ihr Weg nur geschlossen mit der älteren Arbeiterchaft zusammen, geführt von der kommunistischen Partei und dem kommunistischen Jugendverband, die Zustände nicht beseitigen können.

Eine „kleine“ Firma

A. S. Die Firma Schulz, Braunsdorf, die auf der Weichstraße und der Falkenberger Straße die Schichtarbeiten ausführt, stand am 11. 10 vor dem Arbeitsgericht als Angeklagte, und zwar deswegen, weil den Arbeitern bei dieser Firma nicht der tarifmäßige Lohn gezahlt wurde. Die Firma gab die Kollegen, die die Schichtarbeiten ausführten, nicht die Hälfte des Lohnes, im anderen Falle den Motorfahrern nicht den vollständigen Lohn zu zahlen, im zweiten Falle wurde vom Arbeitsgericht beantragt, einen Sachverständigen zu laden, der es feststellen soll, daß dies eine Beschäftigung als Motorführer gewesen ist. Das Urteil wurde auf den 18. 11. verurteilt. Die Firma macht es den Arbeitern überhaupt schwer, den verdienten Lohn zu erhalten, die Arbeit aus dem Grunde, um einen noch größeren Profit heraus zu schmelzen. Dies dürfen sich die Arbeiter nicht gefallen lassen und sie müssen dieser Clique geschlossen entgegenreten und bessere Zustände erkämpfen.

Nicht 80 000, sondern 100 000 Mark sind im Wahlkreis Ost polen geschrien worden. Auch die Summe, um die die Werbun der Armen gebracht werden sollen, beträgt nicht 45 000, sondern 75 000 Mark. Diese Feststellungen müssen zu dem nächsten verheißenen Schritt: Streikung aller sozialen Ausgaben in Oppeln“ nachgezogen werden.

Moskau im Radio

Als Radiohörer war es ein großer Genuss, endlich einmal etwas zu hören von dem Kampf der Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Am Abend des 7. November habe ich wie gewöhnlich wieder andere Radiohörer dem ersten internationalen Radioconcert der Gewerkschaften der roten Gewerkschaften internationale aus Moskau geschaut. Vor dem Concert fand eine Begrüßung der eben eingetroffenen Delegierten zur Zwölftagfeier der russischen Revolution statt. Es war interessant, einen deutschen Arbeiter aus dem Ruhrgebiet auf Moskau sprechen zu hören, und wie begeistert die russischen Arbeiter die Delegierten empfangen haben. Ein russischer Genosse tief russisch in den Saal: „Es lebe der verbottene deutsche rote Frontkämpferbund.“ Stürmische Zustimmung vermittelte der Redner. Da ist Evening machtlos, doch in reichlich sein Mem nicht, den russischen Genossen vor den Radi zu stehen. Gemeinsam gelang der Internationale in verschiedenen Sprachen der Welt beendete die Feier. Bei dem anschließenden Concert, welches durch Ansprachen in verschiedenen Sprachen eröffnet wurde, und die Bedeutung der roten Gewerkschaften internationale als Kind der russischen Oktoberrevolution beleuchtete, war es gewöhnlich für manchen Augen der Kommunisten in den Gewerkschaften interessant, zu erfahren, daß es eine Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien und Palästina, Ländern erst nach der Oktoberrevolution von 1917 gibt. Bei dem Concert wurden Lieber von jungen proletarischen Arbeiter-Komponisten vortragen, wobei mir das „Lied auf die Arbeit“ am besten gefallen hat. Anschließend lasen proletarische Schriftsteller und Dichter aus eigenen Werken. Der Genosse Johannes Becker, welcher sich ebenfalls augenblicklich in Moskau aufhält, las „Die Gewehre“ und hat sicher alle proletarischen Rundfunkhörer in seinen Bann gezogen.

Die Stunden verglügen wie Minuten, und es war ein Uhr nachts, als ich mich zu verabschieden. Es ist nur schade, daß noch verhältnismäßig wenig Arbeiter-Rundfunkhörer vorhanden sind. Es müßte derartige internationale Veranstaltungen, welche aus dem Herzen der Revolution, dem roten Moskau, gesandt werden, vorher in der Parteizeitung bekannt gemacht werden, damit sich dort, wo ein Radio in den Händen der Arbeiter ist, möglichst viele Genossen zusammenfinden. Der Empfang war sehr gut, ohne Nebengeräusche und jedes Wort zu verstehen.

Was ist der Klassenbewußte Arbeiter seiner Zeitung schuldig?

Die kommunistische Presse als Organ des Klassenbewußten Proletariats, hat mit den bürgerlichen Zeitungen nichts gemein, als höchstens ihre technische Herstellung. Alles andere — Aufgabe und Bedeutung der kommunistischen Zeitung, Inhalt, redaktionelle Herstellung, Beziehungen zwischen Zeitung und Leser, Verbindung mit den hinter ihr stehenden Organisationen — hat keine Ähnlichkeit mit irgendeiner bürgerlichen Zeitung. Die kommunistische Zeitung ist ein von der Presse im landläufigen Sinne grundverschiedenes Ding.

Die Zeitungen der kommunistischen Partei werden nicht herausgegeben, um Geld für Zeitungskapitalisten zu verdienen. Sie sind aber auch keine Zeitung, die von irgendeiner kapitalistischen Gruppe herausgegeben werden, um die Interessen dieser Gruppe zu vertreten und zu propagieren.

Die Zeitungen der kommunistischen Partei sind Organe des revolutionären Proletariats. Sie werden herausgegeben, um den Arbeitern das zu sagen, was ihnen alle anderen Zeitungen verschweigen. Sie haben die Aufgabe, die Arbeiter zu schulen und die Kämpfe des Proletariats vorzubereiten, wachsam und führend zu den Kämpfen des Proletariats zu sein. Sie sind Instrumente der Partei zur Unterstützung bei der Durchführung der Arbeiten der Partei unter den werktätigen Massen.

Die kommunistische Presse ist nicht Selbstzweck, sondern ein Instrument des Klassenkampfes.

Die kommunistische Zeitung entsteht in wesentlichen Teilen in der Straße, am Schraufhof, auf der Kaufstraße. Sie wird geschrieben von Arbeitern mit ungelungen Fingern, die nicht geschult sind, die Feder zu führen, die abends nach Feierabend und nach Schluß ihrer Parteiveranstaltungen mit vieler Mühe ihre Feder die Worte abzurufen, um das Geld, die Ausbeutung, die Niederhaltung des Proletariats schildern zu können.

Jeden Tag laufen auf den kommunistischen Redaktionen große Haufen von Arbeiterbriefen ein. Mit leuchtend leuchtenden Buchstaben geschrieben, oft von Schreibfehlern bis zur Unkenntlichkeit entstellte — so läuft das Material zusammen, aus dem die kommunistische Zeitung zusammenggebaut wird. Diese Arbeiterbriefe sind das Material für den Betriebs- und Gewerkschaftsteil, aus ihnen wird der lokale Teil zusammengestellt, sie sind mit tendenzbestimmend für den politischen Teil. In der kommunistischen Zeitung kommt kein bürgerlicher Schwund zu Worte, in ihr wird kein oberflächlicher Seig aus Sensationsgründen veröffentlicht. Die kommunistische Zeitung ist in ernstem und harten Worten geschrieben, sie behandelt ernste und bittere Angelegenheiten.

Es ist daher kein Wunder, daß die kommunistische Zeitung einen

schweren Existenzkampf zu führen hat. Sie liegt im ständigen Kriege mit der Bourgeoisie und ihren Justizorganen, sie wird von der Arbeiterschaft — die zum großen Teile glaubt, auf die mit der KPD sympathisierenden Arbeiter verzichten zu können — boykottiert und erhält nur wenig Aufträge.

Die Bourgeoisie hat ein Interesse daran, daß die kommunistischen Zeitungen zugrunde gehen. Sie haßt die Zeitungen des revolutionären Proletariats, weil sie ihr gefährlichster Gegner sind. Dabei werden bei allen Polizeireaktionen gegen die kommunistische Partei unsere Zeitungen in erster Linie durch Verbot, Beschlagnahme, Verfolgung der Redakteure usw., in Mitleidenschaft gezogen.

Die kommunistische Zeitung kann sich nur am Leben erhalten durch die Solidarität der Klassenbewußten Arbeiter. In jedem Arbeiterhaus die kommunistische Zeitung — fort mit der bürgerlichen Arbeiterpresse! Aber darin kann sich die Solidarität nicht erschöpfen. Den Geschäftslenten, die es consequent ablehnen, die kommunistische Zeitung als Infektionsorgan zu benützen, muß Argemacht werden, daß sie

damit auf die Klassenbewußten Arbeiter als Kunden verzichten, und die Leser der kommunistischen Presse müssen, wenn sie bei un- lerten Infektionen eintreten, ihnen sagen, daß sie nur deswegen zu ihnen kommen, weil sie die kommunistische Presse unterstützen.

Nur solche Geschäftsleute werden von uns unterstützt, die durch Infektion in der kommunistischen Presse beweisen, daß sie Wert auf Arbeiterunabhängigkeit legen!

Die Leser der bürgerlichen Zeitungen sind eine durch nichts verbundene Masse, aber die Leser der kommunistischen Presse sind in einem gemeinsamen Willen und Ziel, eine Macht. Diese Macht einigt sich im Interesse der Unterstützung der proletarischen Presse, ist sehr wohl in der Lage, sich durchzusetzen.

Aber das ist nicht alle Arbeit, die für unsere Presse zu tun ist. Bei jeder Gelegenheit heißt es für die kommunistische Presse werden. Als Leser der „KPD“ hast du längst den Wert der revolutionären Presse begriffen. Darum ist es dir auch ein Leichtes, deinen Nachbar und deinem Nebenarbeiter an Hand der Zeitung heranzuführen, warum ein Arbeiter nur seine Interessen wahren kann, wenn er die kommunistische Presse liest. Deshalb gib keine Zeitung, wenn du sie gelesen hast, weiter, Sprich täglich mit deinem Arbeitkollegen, telle dem Verlag Vorwürfen mit, an die zunächst unentgeltlich die KPD geliefert werden kann. Und dann gehe wieder zu dem Kollegen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Jede unermüdlich für deine Partei

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- u. d. Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren- und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Breslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kauft Schuhe bei GROSS Ring 16

Breslauer Konfektionshaus Ring

F. Sewalds empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte

empfehl. sämtl. Molkereiprodukte

Autohaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder

Dr. med. Stief, prakt. geb. Optiker

S. Gallewilt Nachf. Spezialhaus für Gefäßartikel, Glas, Porzellan, Edel- und Bekleidungs

Karl Brauner, Langstraße 45

B. Franke's Nachf. Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11

Mag. Dertel, Blüthenstraße 7

Hirschberg

Rosa Ringe Dam., Mädch., Kinder-Hüte u. -Mützen

Lebensmittel aller Art Erich Gessner

Bergereibels Frühstücksstube, Markt 50

Schuhmacherei A. Heyduk

Erste Hirschberger Kuchenhilfe

Blumenhaus Grün Poststraße 6

Gustav Hornig, Großdestillation

Kranzbindererei sämtliche Lebensmittel

Albert Ludwig, Markt 60

Herrn- und Damen-Salon Helnze

Felix Hartwig, Greiffenberger Straße Nr. 42

MöBEL-LINKE Schmiedeberg-Str. 22

Buchdruckerei E. Hausdorff

Herren- und Knaben-Bekleidung E. Ordians

Max Behrendt, Schilbauer Straße 13

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Karl Sonntag, Warmbrunner Str. 16

Herren- und Junglingskonfektion

Vogel- und Futter-Handlung Böhme

Grünauer Milchbäckerei

Strümpfe Königsberger Wäsche

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Kaufhaus Pinoff

Carl Riegers Nachf., Am Burgthum

Bade- und Gesund Hedwigsbad

Sehr geehrte Herrschaften, Warmbrunner Straße

Gediegen und preiswert repariert

Ernst Wolf, Mühlgrabenstraße 23

Simon Sachs Leder

Central-Druckerei

Hat - Strohklo Markt

Franz Dreier, Mühlgrabenstraße

Brot-, Weiß- und Feinbäckeri

Karl Urech, Hochstraße 25

Billigste Bezugsquelle für gute Branntweine

Wollwaren / Herrenartikel

Haus- u. Kipke-Biere

Brot-, Weiß- und Feinbäckeri

M. Lössmann, Grabenstraße 1

Stieferei Nachf., Hochstraße 1

Erst Felge, Dampfbackerei

Konfiteur und Café

Freiburg Rich. Rathmann

Erich Dresel, Landeshuter Straße 18

Ph. Wolff, Nikolaistraße 5

„Deutsches Haus“

Bernhard Seibel, Entschürren Straße 2

Kaufhaus Gante

Hugust Teuber, Hauptstraße 24

„Zum Schwab“

Willy Heine, Hauptstraße 174

M. Witzki, Kochers Nachf.

Hermsdorf u. K. Alfred Hille

G. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermsdorf

Schmiedeberg I.R.

Arbeiter- u. Arbeiterinnen

Hermann Sperling, Liebaner Straße 18

Paul Red, Oberstraße 5

Strehlen

Mag. Ralle, Ring 25

Landeshut

Abolf Habe, Waldenburger Straße 4

S. Rosenfeld, Wilhelmstraße Nr. 4

Gustav Haude, Wilhelmstraße 13

Kaufhaus Gustav Stief Nachf.

Erst Felge, Dampfbackerei

Paul Tschirner, Markt 19

Referiert

Uhren, Goldwaren Bruno Hollmann

Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Referiert 99

Berlangt stets

Referiert 100

Fleisch- und Wurstwaren

Referiert 99

M. Reising, Dorfstraße

Referiert 99

M. Rappner, Dorfstraße 262

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Referiert 99

Kauf Wein, Markt 9/10

Eugen Geiser, Kornstraße 6

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9

H. Rogiel, Liebaner Straße 2

Emil Gläser, Schlehdorfstraße 5

H. Hallmann, Mollkestraße 13

Carl Thulmann, Wallstraße 88/89

G. Hübner Nachf.

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Hausfrauen! Euer Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41